

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 1
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin
4. Januar 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. In Berlin durch sämtliche Postämter. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Acker, Berlin.
Redaktion und Geschäftsstelle: Berlin SO. 10, im Reichshaus Part 2.
Telefon: 100 1000 bis 100 1004.

Geschäftsstellen sind in allen größeren Städten zu finden. Die Abbestellungen sind an die Geschäftsstellen zu richten.

Finanznot und Steuerentlastung.

Von Wilhelm Reil, Mitglied des Reichstages.

Wem würde nicht das Wort Steuerentlastung angenehm in den Ohren klingen? Die Steuern sind heute in Deutschland ungeheuer hoch. Die Kriegsniederlage des alten Deutschlands hat es mit sich gebracht, daß das deutsche Volk den Siegermächten auf einige Menschenalter hinaus ungeheure Tribute zahlen muß. Dazu kommen noch die gewaltigen eigenen Werte, die durch das Zerstörungswert des Krieges vernichtet worden sind. Wenn auch die Gemeinden und Länder begreiflicherweise über Finanznot klagen, die ihnen die Erfüllung ihrer überwiegend auf sozialem und kulturellem Gebiet liegenden Aufgaben erschwert, so ist doch von grundlegender Bedeutung für die ganze öffentliche Finanzwirtschaft die Finanzlage des Reiches.

Wie ungeheuer der Finanzbedarf des Reiches seit dem letzten Vorkriegsjahr gestiegen ist, dafür nur zwei Ziffern: Im Jahre 1914 rechnete man mit einem Reichsbedarf, der sich zwischen 3 und 4 Milliarden bewegte, heute beläuft sich der Reichsbedarf auf mehr als 10 Milliarden. In ähnlichem Verhältnis sind auch die Etats der Länder und Gemeinden angeschwollen. Ein Teil des Mehres gegenüber 1914 entfällt auf die verminderte Kaufkraft des Geldes. Entscheidend für die Steigerung der Ausgaben sind jedoch die äußeren und die inneren Kriegslasten. Unter den äußeren Kriegslasten verstehen wir die Zahlungen an die ehemals alliierten Mächte, die aber nicht in ihrer ganzen Höhe im Etat in Erscheinung treten, da z. B. die Ausfuhr von Eisen und Stahl durch die großen Leistungen der Reichsbahn nicht durch den Etat hindurchlaufen. Innere Kriegslasten sind in erster Linie die Ausgaben für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, für Liquidationsgeschädigte, für die Bewohner der besetzten Gebiete. Dazu kommen indirekte innere Kriegslasten, wie die großen Kosten für Wohlfahrtspflege, für Krisenfürsorge, Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung, Kleinrentnerfürsorge und vieles andere.

Die Steigerung des öffentlichen Bedarfs hat naturgemäß eine entsprechende Steigerung der Steuerlasten zur Folge. Davon kann aber keine Rede sein, daß unter dieser Last nur die besitzenden Schichten und die „Wirtschaft“, worunter fälschlicherweise in der Regel nur das Unternehmertum verstanden wird, zu leiden hätten. Auch die Arbeiterklasse hat ihr gerüttelt Maß an den Mehrlasten zu tragen. Eine Lohnsteuer, wie sie heute besteht, hatten wir in der Vorkriegszeit nicht. Die verhältnismäßig geringe Einkommensteuer, die der Durchschnittsarbeiter damals nach Ablauf des Jahres zahlen mußte, läßt sich nicht vergleichen mit den Beträgen, die ihm heute an jedem Zahlungstag vom Lohn abgezogen werden. Wenn die Freigrenzen heute höher gezogen sind als früher, so rechtfertigt sich das ohne weiteres durch den verminderten Geldwert, der sich in höheren Preisen für den Lebensunterhalt, also wieder in einer Belastung der Arbeiterklasse auswirkt. Auch die indirekten Abgaben, von denen die Massen relativ am härtesten betroffen werden, sind nicht niedriger, sondern erheblich höher als in der Vorkriegszeit.

Die Arbeiterklasse würde daher selbstverständlich eine Milderung ihrer Lasten mit Freuden begrüßen. Wenn aber in den letzten Monaten in der Presse, in Broschüren und Büchern, in Versammlungen der Unternehmerverbände, in Zeitschriften usw. von Steuerentlastung die Rede war, so dachte man dabei immer nur an die sogenannte „Wirtschaft“. In den meisten Steuerreformprogrammen, die veröffentlicht wurden und für die Propaganda gemacht wurde, waren zwar auch gewisse Zugeständnisse an die Arbeiterklasse enthalten. Der steuerfreie Einkommensbetrag für die Lohnsteuer soll erhöht, die Familienvergünstigungen sollen erweitert, die Zucksteuer abgeschafft werden. Diesen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft wurden aber gleich wieder Vorschläge für die Erhöhung anderer Massenverbrauchs-

gegenstände, wie des Bieres und des Tabaks, gegenübergestellt. Mit der Erhöhung dieser Massenbelastungen sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, die eine weitgehende Entlastung der besitzenden Schichten gewährleisten. Den Leistungsfähigen Kreisen also sollen nur Entlastungen zuteil werden, den Arbeitern zwar auch gewisse Entlastungen, aber diese Entlastungen würden nach den erwähnten Plänen durch neue Belastungen mehr als ausgeglichen werden.

Diese Steuerreformprogramme werden zu begründen versucht mit der allgemeinen wirtschaftlichen Erwägung, daß eine Entlastung der Wirtschaft zur allgemeinen Hebung des Wirtschaftslebens nötig sei. Vor allem macht man geltend, die Steuerentlastung sei erforderlich, um die Kapitalbildung zu fördern und damit die große Kapitalknappheit und Kapitalsteuerverzehrung zu beseitigen. Auch einzelne sozialistische Wirtschaftspolitiker haben sich diese Gedankengänge zu eigen gemacht und sie dahin zugespitzt, daß die Senkung der Steuern für das Unternehmertum im Interesse der Arbeiter liege, sofern sie eben zur Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeit, Verminderung der Arbeitslosigkeit und Stärkung der Position der Arbeiterklasse im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit führe. Dieser Beweisführung kann nicht ohne weiteres beigetreten werden. Eine alte Volksweisheit ist es, daß man die Henne nicht schlachten darf, die die goldenen Eier legt. Das russische Beispiel zeigt, wohin es führt, wenn man die Industrie ruiniert. Man muß sie schließlich wieder von Grund auf neu aufbauen, und Rußland steht sich genötigt, zu diesem Zweck große Mengen fremden Kapitals aus dem Ausland zu holen. In Deutschland liegen die Verhältnisse aber anders. Hier sorgt schon das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit dafür, daß bei der Lastenverteilung das Unternehmertum nicht zu schlecht wegkommt. Wollte in Deutschland die Arbeiterklasse im Interesse der Wirtschaftsförderung absolut oder relativ höhere Lasten freiwillig auf sich nehmen, so wäre das im Endeffekt gleichbedeutend mit dem freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihres Lohnes und auf Lohn erhöhungen.

Wird die Frage der Steuerentlastung aufgeworfen, so ist zunächst eine fundamentale Vorfrage zu beantworten. Die Frage nämlich, ob bei der gegebenen Finanzlage eine solche Senkung möglich ist, ohne daß große und wichtige Pflichten der öffentlichen Verwaltung, besonders des Reiches, vernachlässigt werden. Da liegen nun die Dinge so, daß die Reichsfinanzverwaltung sich seit Jahren in großen Nöten befindet. Die Bürgerblockregierung hat eine unverantwortliche Defizitwirtschaft getrieben. An der gegenwärtigen Regierung sind Parteien beteiligt, die einer Beschaffung von neuen Einnahmen für die Beseitigung des Defizits, wenn davon auch die Besitzenden getroffen werden sollen, mit allen Kräften widerstreben. So kam es, daß im Jahre 1929 bei jedem Vierteljahrswechsel der Reichsfinanzminister große Schwierigkeiten zu überwinden hatte, um die Summen bereitzustellen, die zur Zahlung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne erforderlich sind. Die Vertreter der Unternehmerinteressen möchten diese Schwierigkeiten am liebsten beseitigen durch rückstillscheuige Kürzung der Ausgaben des Reiches — und ebenso der Länder und Gemeinden — für soziale Zwecke.

Es braucht nicht betont zu werden, daß eine Arbeiterpartei solche Bestrebungen mit allen Mitteln zu bekämpfen hat. Schon aus dieser Erwägung muß die Vertretung der Arbeiterklasse darauf bedacht sein, das Reich zahlungsfähig zu erhalten und seine Finanzen für die Dauer in Ordnung zu bringen. Es kommt aber noch der weitere Grund hinzu, daß das ganze deutsche Volk, auch die Arbeiterklasse, deshalb an geordneten Finanzen interessiert ist, weil sie die Voraussetzung für die Sicherheit der deutschen Währung bilden. Nur ganz wenige Spekulationshändler können ein Interesse

an einer neuen Inflation haben. Die Arbeiterklasse hat die Wirkungen der Inflation am eigenen Leibe so deutlich zu spüren bekommen, daß sie sich für die Wiederehr solcher Verhältnisse schonstens bedankt. Wir haben also vor allem für gesunde öffentliche Finanzen zu sorgen und dabei zu verhindern, daß die Arbeiterklasse über Gebühr belastet wird. Gesunde Finanzen sind auch eine wesentliche Vorbedingung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft kann nicht gedeihen, wenn der Staat vom Bankrott bedroht ist.

Was die Kapitalbildung betrifft, so ist noch zu beachten, daß keinerlei Gewähr dafür gegeben ist, daß die Steuerentlastung der besitzenden Schichten auch tatsächlich in der Bildung von Neukapital auswirkt. Die Lebensgewohnheiten weiter bestehender Kreise sprechen dafür, daß wenigstens ein Teil der ersparten Steuern zur Steigerung des Luxusverbrauchs Verwendung finden würde. Andererseits aber würde eine Mehrbelastung der breiten Massen die Zurückbildung eines Sparspennings noch mehr erschweren, was sich in der Hemmung der Kapitalbildung bei den Sparkassen äußern würde. Die Klein- und Kleinstbeträge, die sich bei den Sparkassen ansammeln, bilden heute bei einem Einlagebestand von etwa 11 Milliarden nur einen Bruchteil der Summe, die seit Beendigung der Inflation im ganzen an neugebildetem Kapital zu verzeichnen ist.

Alle diese Erwägungen sind in der Steuerentlastungsagitation viel zu kurz gekommen. Da Steuerentlastungsvorschläge immer populär sind, entstand im vorigen Leben Deutschlands unter dem Einfluß dieser Agitation eine Stimmung, der sich schließlich auch die Regierung nicht entziehen konnte. Die Regierung unterzeichnete daher dem Reichstag ein Finanzprogramm, das zwar den kapitalistischen Wünschen bei weitem nicht im vollen Umfang entsprach, aber doch Vorschläge enthält, denen vom Arbeiterstandpunkt aus starke Bedenken entgegenzustellen sind. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Das ist auch deshalb nicht nötig, weil dieses Programm wenige Tage nach seinem Erscheinen durch neue Ereignisse überholt wurde. Der Regierung gelang es trotz des Verstoßes vom Reichstag, die Bankkredite zu bekommen, die zur Erfüllung der Kassenverpflichtungen am Jahresende unbedingt nötig sind. Verhandlungen mit einem amerikanischen Bankkonzern scheiterten, weil der Reichsbankpräsident, Dr. Schacht, der sich öffentlich für neutral erklärte, im stillen gegen sie arbeitete. Erst nach dem die Reichsregierung und der Reichstag die Bedingung des Reichsbankpräsidenten anerkannt hatten, daß bis zum 1. April 1931 neben der Deckung der ordentlichen Reichsausgaben 450 Millionen Mark zur Tilgung der Schuld zu beschaffen seien, erklärte sich Dr. Schacht bereit, bei der Kreditaufnahme mitzuwirken. Ihm mehrten inländische, nicht ausländische Banken die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Das Eingreifen des Reichsbankpräsidenten hat berechtigterweise sehr viel Staub aufgewirbelt. Es geschah in Form, die den Anschein erweckten, als ob Dr. Schacht sich als Finanzdiktator Deutschlands fühlte. Diese Diktatorallüren Schachts verdienen natürlich Zurückweisung. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß heute das Ansehen der Reichsregierung ein größeres wäre, wenn sie aus eigenem Antrieb zu radikalen Maßnahmen zwecks Verminderung der kurzfristigen Verschuldung gegriffen hätte. Zwei Maßnahmen dieser Art sind kurz vor Weihnachten vom Reichstag noch genehmigt worden: 1. Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1/2 Prozent, die zur Verminderung der Reichszuschüsse dienen soll. 2. Die Erhöhung der Tabaksteuer. Diese beiden Maßnahmen stellen Vorleistungen der Arbeiterschaft auf die Erhaltung des 450-Millionen-Fonds dar. Denn auch die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden ja zur Hälfte von den Arbeitern getragen. Man wird daher schon jetzt die Erwartung aussprechen dürfen, daß die Arbeiterklasse von weiteren Belastungen zum Zwecke der Schuldentilgung verschont bleibt.

Ein Gedentag der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Daß Verbandsvorstand und Verbandsorgan zusammengehören und daß im Verbandsorgan die jeweils von der Verbandsleitung betriebene Verbandspolitik ihren Niederschlag findet, das erscheint heute selbstverständlich. Kaum fassbar dünkt die Kunde, daß es bei uns einmal anders war, daß im Verbandsorgan verbandspolitische und taktische Ansichten propagiert wurden, die der von der Verbandsleitung dirigierten Verbandspolitik zuwiderliefen. Solche Meinungsverschiedenheiten traten natürlich nur gelegentlich in Einzelfällen zutage, und sie fanden ihre Erklärung darin, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Hamburg herauskam, während der Verbandsvorstand seinen Sitz in Stuttgart hatte. Dadurch waren die ständige Fühlungnahme und der unmittelbare Meinungsaustausch sehr erschwert.

Diese Mängel wurden beseitigt durch die am 1. Januar 1905 erfolgte Verlegung der „Holzarbeiter-Zeitung“ an den Sitz des Verbandsvorstands. Seither sind fünf und zwanzig Jahre verlossen. Wenn es sich auch schließlich nicht gerade um ein epochemachendes Ereignis handelt, so erscheint es doch nicht unangebracht, aus Anlaß dieses Jubiläums einige Erinnerungen aus der Geschichte unseres Verbandes und seines Organs wachzurufen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband ist am 1. Juli 1893 ins Leben getreten, gleichzeitig erschien die erste Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“. Sie wurde aber damals nicht neu gegründet, nur der Titel war geändert worden. Es war dasselbe Blatt, das schon seit 14 Jahren als „Neue Tischler-Zeitung“ erschienen war. Unter den Berufsverbänden, aus deren Zusammenschluß der Holzarbeiter-Verband entstand, war der Deutsche Tischler-Verband der größte und der älteste, sein Organ wurde unter verändertem Namen das Organ des neuen Verbandes.

In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bildet das Sozialistengesetz einen tiefen Einschnitt. Was vorher war, wurde mit dem Erlaß des Gesetzes im Jahre 1878 fast reiflos vernichtet. Erst nachher wurde auf ganz anderer Grundlage neu aufgebaut. Das gilt auch für die Organisation der Tischler. Aber für sie bildete die „Neue Tischler-Zeitung“ gewissermaßen die Brücke, die das Alte mit dem Neuen verbindet.

Die vorsozialistengesetzlichen Gewerkschaften waren Gründungen der sozialistischen Parteien. Die heftigen Fraktionskämpfe der Sozialisten fanden lauten Widerhall in der Gewerkschaftsbewegung. Auch bei den Tischlern gab es Verbände verschiedener Richtung, die sich erst im Jahre 1876 zum Bund der Tischler vereinigten. Der Bund hatte eine Krankenkasse eingerichtet. Auf der Generalversammlung 1878 wurde ein Antrag, der auch Arbeitern, die dem Bunde nicht angehörten, den Zutritt zur Krankenkasse gestatten wollte, abgelehnt. Der Vorstand reichte aber der Polizei ein Statut zur Genehmigung ein, in welchem die fragliche Bestimmung im Sinne des abgelehnten Antrages geändert war. Das hatte zur Folge, daß, als bald danach der Bund auf Grund des inzwischen erlassenen Sozialistengesetzes aufgelöst wurde, die Krankenkasse als selbständige Einrichtung weiterleben konnte. Sie existiert auch heute noch als Zentral-Krankenkasse und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter in Hamburg.

In der Krankenkasse und ihrer Zeitung lebte der Geist der aufgelösten Organisation fort. Ihr Vorsitzender, Reinhard Meyer, tief die „Neue Tischler-Zeitung“ ins Leben, von der am 1. Januar 1879, also wenige Monate nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes, die erste Nummer erschien. Als Meyer auf Grund des Sozialistengesetzes aus Hamburg ausgewiesen wurde, übernahm der Hauptkassierer der Krankenkasse, Wilhelm Gram, am 1. Oktober 1879 Verlag und Redaktion der „Neuen Tischler-Zeitung“. Die Krankenkasse schenkt den Tischlern nicht nur in der Zeitung ein Bindemittel, ihre Generalversammlungen gaben den führenden Kollegen auch die Möglichkeit persönlicher Fühlungnahme.

Gelegentlich der Generalversammlung in Gera 1883 traten nach Schluß einer Sitzung, die natürlich unter polizeilicher Obhut gestanden hatte, einige Kollegen zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Der Delegierte Karl Alloh berichtete über den erfolgreichen beendeten Streit in Stuttgart. Auch an anderen Orten, so insbesondere auch in Köln, waren erfolgreiche Streite geführt worden. Das Ergebnis der Aussprache war der an Alloh erteilte Auftrag, einen Statutenentwurf für eine zu gründende Organisation auszuarbeiten und einen Tischlerkongreß einzuberufen. Dieser tagte zu Weihnachten 1883 in Mainz und auf ihm erfolgte die Gründung des Tischler-Verbandes. Er wurde als Verband von Vereinen ins Leben gerufen, erst später wagte man, ihm die straffere Organisationsform zu geben.

Die „Neue Tischler-Zeitung“ wurde selbstverständlich das Organ des Verbandes. Die Redaktion führte Gram bis März 1884. Er wurde von Louis Jakob abgelöst. Von Beginn des Jahres 1889 bis Ende 1892 war Richard Müller Redakteur. Ihm folgte Wilhelm Pfanstuch. Er behielt das Amt auch, als infolge der Gründung des Holzarbeiter-Verbandes das Blatt den Titel „Holzarbeiter-Zeitung“ annahm. Als Pfanstuch als Sekretär in den Parteivorstand berufen wurde, trat mit Beginn des Jahres 1894 der frühere Expedient Albert Kösle an seine Stelle. Die Redaktion übernahm nun Heinrich Stube, der zugleich als Herausgeber zeichnete. Im Jahre 1900 wurde noch Ernst Deinhardt an die „Holzarbeiter-Zeitung“ berufen.

Als Eigentümer der „Holzarbeiter-Zeitung“ galt die von den Hamburger Kollegen gewählte Preßkommission. Sie bestellte das Personal und erledigte alle Verlagsgeschäfte. Mit

dem Verbandsvorstand vereinbarte sie den vom Verband zu zahlenden Preis. Die erzielten Überschüsse überwies sie der Verbandskasse. Die Anstellung der Redakteure oblag der Preßkommission im Verein mit dem Verbandsvorstand; den Mitgliedern gegenüber fungierte sie als Beschwerdestelle in Fragen der Redaktion und der Expedition. Diese Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Verbandsvorstand in Stuttgart und der Preßkommission in Hamburg mußte notwendig zu Reibungen führen. Sie blieben auch nicht aus, wenn sie auch öffentlich weniger in Erscheinung traten. Dagegen wurden Konflikte zwischen Vorstand und Redaktion wiederholt Gegenstand öffentlicher Erörterung im Verband.

Die Redaktion wurde fortgesetzt über die Tätigkeit und die wichtigen Beschlüsse des Vorstands unterrichtet, aber bei der großen Entfernung konnte es vorkommen, daß manche Mitteilung aus Stuttgart zu spät in die Hände der Redaktion kam. Die Folge war, daß in der „Holzarbeiter-Zeitung“ noch kräftig die Kriegstrompete geblasen wurde, als der Vorstand sich bereits lebhaft bemühte, einen aussichtslos gewordenen Streit zu Ende zu bringen. Wiederholt hatte der Vorstand die Verlegung der Zeitung an den Sitz des Vorstands beantragt. Die Verbandstage lehnten die Anträge ab, wobei als wichtigstes Argument die Befürchtung ins Feld geführt wurde, daß die Redaktion in der Nähe des Vorstands ihre Selbständigkeit einbüßen könnte. Erst auf dem Verbandstag in Leipzig 1904 wurde die Zusammenlegung beschlossen; zu Neujahr 1905 siedelte die „Holzarbeiter-Zeitung“ nach Stuttgart über und sie kam mit dem Verbandsvorstand im Jahre 1908 nach Berlin.

Von dem Hamburger Personal machte nur Ernst Deinhardt den Umzug mit. Neben ihm trat am 1. Januar 1905 Michael Kayser in die Redaktion ein, der seit dem Jahre 1899 als Hilfsarbeiter im Verbandsbureau angestellt war. Deinhardt hat seine hervorragenden Fähigkeiten nur noch wenige Jahre in den Dienst des Verbandes stellen können; er starb nach langem Leiden im Jahre 1909. Die freigewordene Stelle in der Redaktion übernahm Franz Kühner. Er wurde von Paul Dupont abgelöst, der im Jahre 1919 beim Übertritt des Bildhauer-Verbandes in die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ eintrat. Am 1. Juli 1920 schied er aus; an seine Stelle trat Hermann Scheffler. Seither wird die Redaktion gemeinsam von Kayser und Scheffler besorgt.

Nun sind 25 Jahre seit der Zusammenlegung des Verbandsorgans mit dem Verbandsvorstand verlossen und die seither gemachten Erfahrungen sind eine Bestätigung der Richtigkeit des im Jahre 1904 beschlossenen Schrittes. Die Unabhängigkeit der Redaktion von der Verbandsleitung, auf die früher so großer Wert gelegt wurde, ist im Grunde ein Ding. Die Redakteure sind keineswegs die Tintenfässer des Vorstands, die nach dessen Diktat zu schreiben haben. Sie nehmen an allen Sitzungen des Vorstands mit beratender Stimme teil und haben damit die Möglichkeit, die Beschlüsse zu beeinflussen. Sie stehen in ständigem persönlichem Verkehr mit den Vorstandsmitgliedern, und die in gemeinsamer Ausdrucksform gewonnene Auffassung findet ihren Ausdruck, wie in den einzelnen Ressorts des Vorstands, so auch im Verbandsorgan. Die Redaktion hat in vollem Maße die Möglichkeit, sich frei zu entfalten, und sie trägt ebenso wie die einzelnen Mitglieder des Vorstandes dem Verbands gegenüber die Verantwortung für ihre Tätigkeit.

Die vor fünf und zwanzig Jahren erfolgte Zusammenlegung von Vorstand und Redaktion war das Ergebnis langwieriger innerer Kämpfe im Verband. Ihr gingen Auseinandersetzungen voraus, für die der heutigen Generation das Verständnis fehlt. Die Tatsache, daß heute das Zusammenarbeiten beider Organe als Selbstverständlichkeit erscheint, daß ein anderer Zustand unvorstellbar dünkt, ist der beste Beweis für die Richtigkeit und Notwendigkeit des damals vollzogenen Schrittes.

Steigende Baukosten.

Der Umfang der Bautätigkeit hängt sehr wesentlich von der Höhe der Baukosten ab. Sind die Baukosten einer Wohnung so hoch, daß sie durch die erreichbare Miete nicht verzinst und amortisiert werden können, wird nicht gebaut. Der Baukostenindex betrug Ende November 1912, das heißt das Bauen ist heute um 81,2 Prozent teurer als 1912. Die Steigerung der Baukosten ist vornehmlich auf die hohen Zinssätze zurückzuführen. In der Vorkriegszeit zahlte man für Pausgeld 4 bis 6 Prozent Zinsen, heute dagegen 9 bis 12 Prozent. An zweiter Stelle stehen die Pausstoffpreise. Nach der amtlichen Statistik beträgt der Index der Pausstoffpreise 161,7. Am härtesten gestiegen sind die Preise für Steine und Erden, ihr Index beträgt 179,7. Dann kommen die Bauhölzer mit 154,8 und das Baueisen mit 141,1.

Das Statistische Reichsamt hat in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag in 118 Städten mit über 25 000 Einwohnern für die Jahre 1924 bis 1928 Erhebungen über die durchschnittlichen Baukosten für Wohnungen durchgeführt. Danach betragen die Baukosten (ausschließlich Grundstücks- und Ausschließkosten) pro Wohnung im Reichsdurchschnitt im Jahre 1924 7340 M. und 1928 9337 M. Wenn zwischen Klein-, Mittel- und Großstädten unterschieden wird, so betragen die Baukosten 1924 in den Kleinstädten 7405 M., in den Mittelstädten 8010 M. und in den Großstädten 6655 M., 1928 betragen die Baukosten in den drei Größenklassen 9383, 9629 und 10 465 M. Auffällig an diesen Zahlen ist, daß die Baukosten in den Klein- und Mittelstädten stärker gestiegen sind als in den Großstädten. Setzt man die Kosten von 1924 gleich 100, so beträgt die Verteuerung in den Großstädten 19, in den Mittelstädten 22 und in den Kleinstädten

27 Prozent. Zu bedenken gibt weiter die Tatsache, daß die Steigerung der Baukosten für kleine Wohnungen größer ist als für große. In Kleinstädten z. B. erhöhten sich die Baukosten für Einzimmerwohnungen von 1924 bis 1928 um 30 Prozent, für 4½-Zimmer-Wohnungen dagegen nur um 22 Prozent. In Mittelstädten ist das Verhältnis 21 zu 20 und in Großstädten 20 zu 19 Prozent. Die Arbeiterfamilien werden, wie überall, so auch beim Wohnungspreis am stärksten geschädigt.

Förderung der Bauwirtschaft.

Am 20. Dezember 1929 haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sich mit folgender Denkschrift an den Reichsarbeitsminister gewandt:

Das deutsche Volk steht seit mehr als einem Jahrzehnt unter dem Druck verschärfter Wohnungsnot. Zurzeit beläuft sich der Fehlbestand an Wohnungen auf mehr als eine Million. Zwar sind in den letzten Jahren erfolgreiche Anläufe zur Verringerung dieses Defizits zu verzeichnen. Aber das Abflauen der Konjunktur, die Verringerung des ausländischen Kapitalzuflusses sowie die augenblicklichen Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Körperschaften drohen den Umfang des Wohnungsbaues wieder empfindlich einzuschränken.

Diese Tatsachen beeinträchtigen auch den Bau industrieller Anlagen.

Die Anspannung der öffentlichen Finanzen führt schließlich zur Verminderung der Bauaufträge von Behörden. Das Sparprogramm des Deutschen Städtetages, dem sich der Reichstädtetage angeschlossen hat, läßt die Gefahren erkennen, die dem Baumarkt im nächsten Jahre auch von hier aus drohen.

Die Abschwächung, die bereits in diesem Jahre im Vergleich zum Vorjahre stattgefunden hat, ist unverkennbar. Sie drückt sich am deutlichsten im Beschäftigungsgrad der Bauarbeiter aus. In keinem einzigen Monat des laufenden Jahres hat die Beschäftigung der Bauarbeiter den Stand des Vorjahres auch nur annähernd erreicht; in den letzten Monaten ist die Arbeitslosigkeit bis fast auf das Doppelte des Vorjahres gestiegen.

Die Bauindustrie ist ein Grundpfeiler der Gesamtwirtschaft. Nach der Statistik der Verwertungsgenossenschaften zählte sie im Jahre 1928 mehr als 2 Millionen Beschäftigte. Ihre Jahresleistung wird auf 9 Milliarden Reichsmark veranschlagt. Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung beruhte die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber den Abschwächungstendenzen der letzten Zeit außer auf der günstigen Gestaltung der Ausfuhr nur auf der günstigen Verfassung des Baumarktes. Jede Einschränkung der Bautätigkeit muß sich also in der gesamten Wirtschaft besonders schwer fühlbar machen. Daraus ergibt sich, daß die Bautätigkeit mit allen Mitteln gefördert werden muß.

Die Aussichten des Baumarktes im nächsten Jahre sind infolge der Schwierigkeiten, die der Beschaffung langfristigen Baukapitals entgegenstehen, sehr trübe. Diese Schwierigkeiten bestehen zwar schon seit einiger Zeit, sind aber bisher noch nicht voll zur Auswirkung gelangt. Die Bautätigkeit konnte in diesem Jahre noch auf einem verhältnismäßig günstigen Stande gehalten werden, weil ihre Finanzierung zum Teil auf Zusagen beruhte, die aus dem Vorjahre und den Anfangsmonaten dieses Jahres stammten. Der Ausfall, der seit einigen Monaten in dem Einlagenzuwachs bei den Sparkassen und in dem Eingang neuer Mittel bei den Realkreditinstituten eingetreten ist, wird erst in Zukunft voll zur Auswirkung kommen. Auch bei den Landesversicherungsanstalten wird sich die Schwierigkeit, Neuausleihungen in dem gewohnten Ausmaß vorzunehmen, erst im kommenden Jahre voll bemerkbar machen. Im laufenden Jahre konnten sie trotz der ihnen vom Reich ausgenötigten 164-Millionen-Anleihe die Bautätigkeit noch recht gut fördern, weil die im Vorjahre zugesagten Beträge zum großen Teil erst in diesem Jahre in Anspruch genommen wurden. Der Rückgang der Bautätigkeit droht also viel schlimmer zu werden als aus dem bloßen Vergleich der für die Bautätigkeit maßgebenden Zahlen anzunehmen ist.

Wir haben unsere Forderungen zur Bau- und Wohnungswirtschaft in programmatischen Richtlinien wiederholt dargelegt. Es sei auf unsere Denkschriften vom November 1926 und Januar 1928 verwiesen.

Die bedrohliche Lage des gesamten Baumarktes zwingt uns aber, darüber hinaus Vorschläge zu machen, die uns geeignet erscheinen, die für das nächste Jahr zu erwartende weitere Zuspitzung der Verhältnisse zu verhüten.

I.

Die Bautätigkeit wird gegenwärtig besonders durch die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von ersten Hypotheken gehemmt.

Alle für die Vergabe von ersten Hypotheken in Betracht kommenden Institute sollten daher angehalten werden, ihr Hauptaugenmerk auf die Bereitstellung von Baukapital zu richten.

In einzelnen machen wir folgende Vorschläge:

1. a) Die Norm für Hypothekenausleihungen der Sparkassen beträgt zurzeit 40 Prozent des Spareinlagenbestandes. Diese Norm ist bereits im Vorjahre überschritten worden, ohne daß die Liquidität der Sparkassen beeinträchtigt worden wäre. Die Ausleihungsgrenze kann daher ohne weiteres erhöht werden.

Antworten auf unsere Umfrage: „Woher nimmst du dein vom mir zu Feilschen?“



Das Thema Ihrer Rundfrage war: „Was wünschen Sie sich zum neuen Jahr?“. Ihr roter Herr'n auf der Redaktion, ich wünsche vor allem verringerten Lohn! Arbeiterrechte? Ich werd' euch was pfeifen! Ich will im Staate die Macht ergreifen. Weg die lausige Republik! Weg die verfluchte Sozialpolitik! Diesen beachtlichen Ausspruch tat Herr Prohig, Geheim Kommerzienrat.



Der Hausbesitzer hebt stolz seinen Krug: „Für mich, für Herrn Dickbauch, gibt's Mieter genug. Ich will mich mopsen, ich will mich aalen. Ich sage: Die Mieter, die sollen bezahlen! Mir ist die Arbeit verhaßt auf der Welt. Aber wer arbeitet, kriegt doch auch Geld! Kommt die Regierung von wegen Steuern, ich wünsch' ich: Ich könnte die Mieten verteuern!“



Fräulein Eulalia Zimperlich sagte, wie sehr sie den Zustand der Jugend beklagte: „Sie wollen sich nicht für das Alte erwärmen, wollen für meinen Kaiser nicht schwärmen, wollen nicht sorgsam sein, wollen nicht hören, weil sie auf Recht und auf Freiheit schwören. Aber was mich am meisten geniert: Selbst die Jugend ist ... organisiert!“



Der Hakenkreuzler Teutobold ist dem Schlagring, dem Knüppel, dem Schießprügel hold: „Ich pfeife auf Ordnung, auf Recht und Geseze! Ich wünsche, daß Hitler uns weiter verhege. Ein Landknecht bin ich mit Bombe und Dolch, ihr seid bloß Arbeiter, ich bin ... ein Strolch. Was ist denn mit euch Gewerkschaftern los? Ihr schafft, doch dafür ist mein Maulwerk sehr groß!“



Nach wie vor fürs Spalten ist Jwan Moskowski, der Kommunist. Er will auch in Zukunft durch Stärkereien die ... Reaktion von Sorgen befreien. „Ich werde weiter die Parolen mir ganz gehoramt aus Rußland holen. Ich führe aus, was mir befohlen. Fürs neue Jahr, was auch passiere, ich hab' keine Wünsche, denn ich ... pariere!“



Der Tischlergeselle Schläferich spricht: „Gewerkschaft? Ne, so was, das mache ich nicht! Ich sage, und geht's mir auch noch so schlecht: Der eine sei Herr, und der andere sei Knecht! Ich wünsch' mir auch für die kommende Zeit meine alte verflafene Knechteligkeit. Mögen die andern sich Kämpfer nennen, ich laß mich schurigeln, um weiterzupennen!“

Nun tönt es mit Stolz und mit Macht: „Arbeitskollege, aufgewacht! Keiner von euch will ein Schläferich sein! Komm zum Verbands! Tritt ein, tritt ein! Denk an die Ränke, die Lügen, die Listen, Denk an die Spalter, die Kommunisten, Denk an Hitlers und Hugenbergs Schwarz-Weiß-Rot, an Teutobold, der dich mit Totschlag bedroht, Jugend, denk an die Zimperlich, Arbeiterjugend, hüte dich! Denkt an Dickbauch, den Hausbesitzer, Mieterbedränger und Eigentumschützer. Denkt einmal und zweimal und noch einmal an Prohig, den Herrn vom Großkapital! Wir gewerkschaftlich Organisierten, die immer mit Stolz an der Spitze marschierten, werden uns strecken, werden uns recken, werden den schläfrigen Schläferich wecken, werden den Jwan stäupen und klopfen, dem Teutobold werden das Maul wir stopfen, die Zimperlichs schieben wir lachend zur Seite, gegen Herrn Dickbauch stehn wir im Streite, aber einmal und zweimal und allemal bekämpfen wir Prohig vom Großkapital! Schutz für die Jugend! Schutz für die Frauen! Stets auf Tariflohn und Urlaubsrecht schauen! Menschen sind wir und keine Knechte! Auch der Arbeiter hat seine Rechte! Das gibt uns Mut, gibt uns Wehr, gibt uns Waffen! Freiheit der Arbeit, wir werden sie schaffen!“



Parole sei es drum im neuen Jahr: Gewerkschaft bietet starke Stütze dar! Kommt, Brüder, Schwestern, reicht zum Kampf die Hand! Drum tretet ein! Euch ruft der Verband!

Jenning Duderstadt

1) Solange die angespannte Situation auf dem Bauparkt anhält, sollen die Sparkassen einen noch größeren Teil ihres Einlagenzuwachses für den Neubau von Wohnungen verwenden.

c) Die Sparkassen, die in ihrem eigenen Bezirk nicht genügende Anlagemöglichkeiten im vorerwähnten Sinne haben, sollten ihre überschüssigen Mittel durch Vermittlung der Girozentralen an Orten mit besonders großem Hypothekenbedarf zur Verfügung stellen.

2. a) Eine stärkere Heranziehung einzelner Sozialversicherungsanstalten zur Finanzierung des Wohnungsbaues erscheint möglich. Bei der besonders schwierigen Lage des Bauparktes sollten die Überschüsse im kommenden Jahre weitest gehend im Wohnungsbau investiert werden.

b) Es ist bedauerlich, daß das Reich der Invalidenversicherung im Rechnungsjahr 1929 die ihr zukommenden Zuschüsse zum Teil in schwer veräußerlichen Schuldscheinen geleistet hat. Gegen eine Wiederholung dieses Vorgehens müßten wir entschieden Verwahrung einlegen.

3. a) Die Privatversicherungsanstalten, auch diejenigen des öffentlichen Rechts, müssen zur Finanzierung des Wohnungsbaues verpflichtet werden. In Anlehnung an die Denkschrift des VVA-Bundes zur Reform des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen fordern wir vom Reichsaufsichtsam für Privatversicherung den Erlass von Vorschriften, die eine Verpflichtung zur Finanzierung des Wohnungsbaues durch Verweigerung der Zulagen in ersten Hypotheken und Pfandbriefen bis zu einer bestimmten Grenze auferlegen.

b) Um diesen Anstalten eine gewisse Vielsältigkeit der Anlagemöglichkeiten zu gewähren, ist dabei auf die Förderung des ländlichen Wohnungsbaues und der industriellen Umsiedelung hinzuweisen.

II.

Die Wohnungsbautätigkeit leidet auch in hohem Maße an der Unsicherheit der Baufinanzierung durch die öffentliche Hand. Sie würde wesentlich gemildert, wenn die seit langem von uns erhobene Forderung nach Aufstellung eines langfristigen Bauprogramms durch gesichertes Weiterfließen der Hauszinssteuer gestützt würde.

Wir fordern deshalb:

- a) Die Hauszinssteuer oder eine etwa an ihre Stelle tretende Gebäudeentlastungssteuer muß für mindestens 10 Jahre sichergestellt werden.
- b) Aus der Hauszinssteuer (Gebäudeentlastungssteuer) müssen höhere Beträge als bisher dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.
- c) Die Erträge und Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken sind restlos dem Wohnungsbau zuzuführen. Eine Verwendung dieser Beträge für Verwaltungszwecke widerspricht dem Sinne der Steuer.

III.

Die seit langem erhobenen Forderungen und die jetzt einsetzenden Bestrebungen der Reichsregierung, bei der Vergebung von Bauaufträgen der öffentlichen Hand saison- und konjunkturausgleichend zu wirken, sind für den Bauparkt von besonders großer Bedeutung. Diese Aufgabe der öffentlichen Hand wäre vielleicht erfolgreicher durchzuführen, wenn der Beginn des Haushaltsjahres der öffentlichen Körperschaften verlegt würde. Es ist deshalb in Erwägung zu ziehen, ob eine Verlegung auf den 1. Juli zweckmäßig wäre. Sie hätte zur Folge, daß die ersten Bauratzen für öffentliche Bauten in den Herbstmonaten zur Verfügung stehen, also zu einem Zeitpunkt, in dem die Bautätigkeit zurückzugehen pflegt. Das Ende des öffentlichen Baujahres würde dagegen in eine Zeit fallen, in der die sonstige Bautätigkeit sich bereits belebt hat.

Die Befolgung der vorstehenden Gesichtspunkte ist unserer Ansicht nach geeignet, den drohenden Rückgang der Bautätigkeit im kommende Frühjahr zu mildern.

Es muß jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der deutsche Kapitalmarkt, besonders bei der augenblicklich beengten finanziellen Lage der öffentlichen Körperschaften, zur Finanzierung der Bauvorhaben nicht ausreichen wird. Deshalb legen wir nach wie vor den größten Nachdruck auf die Forderung, daß die Aufnahme von Auslandskrediten zur Ergänzung des inländischen Kapitalmarktes nicht erschwert, sondern im Gegenteil gefördert wird.

Vorsicht bei gewissen Baupartassen.

Unter dieser Überschrift haben wir in Nr. 49 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine Notiz veröffentlicht, die sich mit der Baupartasse „Selbsthilfe der Arbeit“ in Frankfurt a. Main und der „Bank der Arbeit AG.“ am gleichen Ort beschäftigt. Der Zweck der Veröffentlichung war, unsere Kollegen vor dem Irrtum zu bewahren, als ob sie es hier mit den eigenen Unternehmen der organisierten Arbeiterschaft zu tun hätten.

Die nächste Folge unserer Veröffentlichung war eine lange Zuschrift der „Bank der Arbeit“, Aktiengesellschaft in Frankfurt, die sich als Reklame für dieses Institut darstellte, aber als „Berichtigung“ bezeichnet wird, deren Abdruck die Firma unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes und unter Hinzufügung scharflicher Drohungen von uns fordert. Wir lehnen diese Zumutung ab, wollen aber doch einen Satz aus dem Elaborat hier abdrucken. In der Zuschrift heißt es:

„Es ist unwahr, daß die Selbsthilfe der Arbeit bzw. die Bank der Arbeit, Aktiengesellschaft, besonders durch den Namen auf den Zulauf aus Arbeiterkreisen spekulieren will.“ Also die genannten Einrichtungen spekulieren nicht auf Arbeiterschaft, und wir empfehlen der Arbeiterschaft, sich nicht durch den Namen täuschen zu lassen, insofern befinden wir uns in Übereinstimmung. Wir fügen noch hinzu, daß das von den Gewerkschaften ins Leben gerufene Bankinstitut die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist. Und wir empfehlen jedem, der sich einer Baupartasse anschließen will, sich vorher Rat und Auskunft zu holen von der Wohnungsfürsorge AG. „De wog“, Berlin E. 14, Wallstraße 58, die gleichfalls ein Unternehmen der Gewerkschaften ist.



Aus dem Verbandsleben



Zwei Jubilare.

Vor einem Vierteljahrhundert befand sich unser Verband in einer Periode lebhaften Aufschwunges. Eine Anzahl von Kollegen, die sich hervorragend im Dienste des Verbandes betätigten, wurden freigestellt, um sich ganz dem Verbandsdienst zu widmen. Ihre Reihen haben sich im Laufe der Zeit gelichtet, doch werden auch in diesem Jahre wieder mehrere Angestellte des Verbandes ihr Dienstjubiläum feiern können. Den Reigen beginnen die Kollegen Emil Lehmann und Richard Falkenberg, die beide am 1. Januar 1905 in den Dienst des Verbandes traten.

Emil Lehmann, der Hauptkassierer unseres Verbandes, ist im Jahre 1874 in Kuschnern bei Guben geboren und hat als Korbmacher gelernt. Gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit trat er der Organisation der Korbmacher bei und betätigte sich in ihr an mehreren Orten.

Beim Anschluß des Zentralverbandes der Korbmacher an den Deutschen Holzarbeiter-Verband beteiligte er sich am Aufbau der Zahlstelle Mühlberg. Dort hat er dann nach vorübergehender Abwesenheit festen Fuß gefaßt, und von 1898 an war er nicht nur Bevollmächtigter unserer Zahlstelle, sondern auch gewissermaßen der Träger der Arbeiterbewegung in diesem Ort und seiner größeren Umgebung. Er war lange Zeit im Vorstand der sozialdemokratischen Organisation tätig und daneben betätigte er sich hervorragend in der Konsumvereinsbewegung. Seit zwei Jahren war er Geschäftsführer des örtlichen Konsumvereins, als er zum 1. Januar 1905 als Hilfsarbeiter in das Verbandsbureau nach Stuttgart berufen wurde. Auch hier machte er sich in der Arbeiterbewegung sehr schnell bemerklich. Im Jahre 1908 übersiedelte er mit dem Verbandsbureau nach Berlin. Als der Verband im Jahre 1910 die Verlagsanstalt mit einer Buchhandlung einrichtete, fand er in Lehmann den geeigneten Mann zur Leitung dieses Unternehmens, das sich recht gut entwickelt hat. Die früher gesammelten Erfahrungen kamen ihm hierbei trefflich zustatten. Dann kam die

Zeit, da für den unheilbar erkrankten Kollegen Fritz König Ersatz geschaffen werden mußte. Emil Lehmann war der gegebene Nachfolger. Seit dem 1. April 1922 ist er Hauptkassierer unseres Verbandes, der vorbildliche Verwalter eines Millionenvermögens. Emil Lehmanns Name dürfte allen Verbandsmitgliedern bekannt sein, darüber hinaus erfreut er sich dank seinem rastlosen Wirken auch in der Berliner Arbeiterbewegung hohen Ansehens.

Richard Falkenberg, unser Gauvorsitzer in Stettin, ist ein Jahr jünger als Lehmann. Er hat in seiner Heimatstadt Stettin als Tischler gelernt und gleichfalls sehr bald den Weg zum Verband gefunden. Nach mehrjähriger Wanderschaft kam er im Jahre 1899 nach Stettin zurück und bald bekleidete er hervorragende Ämter in der Ortsverwaltung. Mehrere Jahre hindurch war er Bevollmächtigter und Kassierer. Seit dem

Jahre 1898 haben wir im Verbandsbureau die Einrichtung der Gauvorsitzer begonnen, wobei die Zahl der Gau von 25 allmählich auf 15 vermindert wurde. Diese Entwicklung fand ihren Abschluß mit der Bildung des Gau Stettin. Bei dessen Einrichtung wurde Falkenberg am 1. Januar 1905 zum Gauvorsitzer berufen. Dieses Amt bekleidet er nun 25 Jahre, und man darf sagen, daß er mit dem Amt gewachsen ist. Neben seiner Tätigkeit als Gauvorsitzer entfaltet er auch eine erfolgreiche Wirksamkeit im Dienste der Stettiner Arbeiterbewegung. Von deren Vertrauen getragen, nimmt er in der Stadt- wie in der Provinzialverwaltung eine hervorragende Stellung ein. Seit einigen Jahren gehört Falkenberg auch dem Preussischen Staatsrat an.

Es gereicht uns zur Befriedigung, feststellen zu können, daß beide Jubilare sich voller körperlicher und geistiger Gesundheit erfreuen und voraussichtlich noch lange Jahre ihre wertvollen Dienste unserem Verband widmen können. Zu ihrem Jubeltage seien ihnen auch an dieser Stelle die besten Glückwünsche dargebracht.



Emil Lehmann.



Richard Falkenberg.

traut sein. Nur dann hat er ständig einen Überblick über sein großes Arbeitsfeld. Erforderlich ist auch, daß er sich allgemeiner Achtung erfreut. Sein Stellvertreter, der zweite Bevollmächtigte, muß gleichfalls ein ganzer Mann sein, er darf dem ersten Bevollmächtigten in keiner Hinsicht nachstehen. Vielleicht ist es richtig, was man oft hört, daß die Hauptperson der Verwaltungsstelle der Kassierer ist. Wenn es so ist, dann ist es auch Pflicht der Mitglieder, bei der Wahl des Kassierers ganz besonders wählerisch zu sein. Der Kassierer muß eine Person von größter Gewissenhaftigkeit und offenstichtlicher Ehrlichkeit sein. Manche Verwaltungsstellen haben in der Wahl des Kassierers nicht viel Glück. Wenn Unregelmäßigkeiten in der Kassierführung glücklicherweise auch selten vorkommen, so gibt es doch einige recht bedenkliche Fälle. Wir hoffen daher, daß in allen Verwaltungsstellen die Mitglieder darauf achten, daß nur solche Kassierer gewählt werden, auf die man sich bestimmen verlassen kann. Auch bei der Wahl der Unterkassierer muß darauf gesehen werden, daß nur solche Kollegen oder Kolleginnen mit diesem wichtigen Amt betraut werden, die persönlich und gesellschaftlich eine gewisse Gewähr für die ehrliche Erledigung von Geldgeschäften bieten. Der Schriftführer hat zwar keine verantwortungsvolle Arbeit, aber er muß gleich den Bevollmächtigten in allen Verbandsfragen gut beschlagen sein. Wenig Wert wird meistens auf die Wahl der Revisoren gelegt. Sehr zum Schaden der Verwaltungsstellen und des Gesamtverbandes. Die Revisoren sind die Kontrolleure der Ortsverwaltung, insbesondere des Kassierers. Wer kontrollieren will, muß die Tätigkeit des zu kontrollierenden Funktionärs bis in alle Einzelheiten kennen. Nur dann kommt er auf die Fehler und Schliche mancher Kassierer. Also auch bei der Wahl der Revisoren muß darauf gesehen werden, daß der richtige Kollege oder die richtige Kollegin an die richtige Stelle kommt.

Zum Schluß richten wir noch an alle Mitglieder die dringende Bitte, sich an der Wahl der Ortsverwaltung wie auch an allen anderen Verbandsarbeiten geschlossen zu beteiligen. Nur dann werden die Ortsverwaltungen so zusammengesetzt sein, wie dies erwünscht ist und im Interesse des ganzen Verbandes liegt.

Ein Weihnachtsgesicht.

Starke Erbitterung hat die Betriebsstillegung der Möbelfabrik Büschel u. Co. in Altwasser in Schlesien ausgelöst. Durch diese Maßnahme sind ausgerechnet zu Weihnachten etwa 70 Arbeiter auf die Straße gesetzt worden. Man hätte es noch verstehen können, wenn teils durch Arbeitsmangel herrschen würde, aber in Wirklichkeit handelt es sich um eine Schikane gegenüber den Arbeitern, die dem unberechtigten Gewinnstreben der Unternehmer nicht gefügig waren. Die Firma ist im Kriege entstanden. Herr Büschel war es leider nicht vergönnt, für Deutschlands Ruhm und Ehre ins Feld zu ziehen. Er mußte zu Hause bleiben, für den Heeresbedarf liefern und dabei Geld scheffeln. Nicht zu knapp. Das Fazit seiner Verdienste an Deutschlands Ruhm und Ehre war eine schöne Fabrik. Sein Jammer über die schnelle Beendigung des „Stahlbades“ war echt, denn der Gewinn an der Friedensarbeit ist bei weitem nicht so reichlich wie der an den Heereslieferungen. Um einigermaßen einen Ausgleich herbeizuführen, versucht er die Löhne zu drücken. Er behauptet, nur noch der 4. Lohnklasse zahlen zu können; das ist etwa 10 Pf. pro Stunde weniger als der für das Waldenburger Industriegebiet geltende Lohnsatz. Es ist doch gar zu dumm, daß diese schöne Absicht vom Holzarbeiter-Verband durchkreuzt wird. In ganz respektloser Weise geht der Verband mit Klagen gegen den brave, Unternehmer vor, dessen Laune durch die Verurteilung zur Zahlung recht erheblicher Lohnrückstände nicht verbessert wurde. Dem Holzarbeiter-Verband werde ich es eintränten, sagte sich der Unternehmer und so beantragte er auf Weihnachten die Betriebseinstellung. Zwar ist noch reichlich Arbeit vorhanden; aber den Betriebsinhabern, den Herren Büschel und Mühl, gewährt es Befriedigung, 70 Arbeiter, alte und junge, zum Feste der Liebe auf die Straße zu setzen. Es sind gute Christen, diese Herren, und voll Andacht werden sie zu Weihnachten der frohen Botschaft lauschen: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Unsere Kollegen lassen sich aber nicht unterkriegen. Die boshafsten Schikanen stärken nur ihren Willen zur Teilnahme am Befreiungskampf des Proletariats.

Mitteilungen des Vorstandes.

Verbandstagsprotokoll 1929.

Das Protokoll von den Verhandlungen des Verbandstages in Bremen ist erschienen. Es enthält auf rund 100 Seiten eine Fülle von Material zu allen das Verbandsleben berührenden Fragen wie auch zu aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Wir verweisen hier nur auf das Referat des Verbandsvorsitzenden Tarnow über „Tatsachen und Probleme der Rationalisierung“ und auf die Aussprache über die Arbeitslosenversicherung. Die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandstages sind für unsere Mitglieder, insbesondere für die Funktionäre, von größtem Interesse. Um den Mitgliedern die Anschaffung des Protokolls zu erleichtern, geben wir es beim Bezuge durch die Verwaltungsstellen unter dem Selbstkostenpreis ab, und zwar das brochierte Exemplar zu 1,50 Mk. und das gebundene für 2,50 Mk. Es für die Abgabe an die Mitglieder nur eine beschränkte Anzahl zur Verfügung steht, ersucht es die Verwaltungsstellen umgehend aufzugeben.

Der Verbandsvorstand.

Zur Neuwahl der Ortsverwaltungen.

Nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts müssen die Ortsverwaltungen im Monat Januar neu gewählt werden. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ist zulässig. Die Wahl ist in einer Mitgliederversammlung zu erfolgen, die allen Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig bekanntgemacht ist und auf deren Tagesordnung die Wahl der Ortsverwaltung steht. In Verwaltungsstellen mit über 100 Mitgliedern kann die Mitgliederversammlung durch eine Versammlung von Delegierten ersetzt werden. Auch andere Verwaltungsstellen können mit Zustimmung des Verbandsvorstandes zum Delegatensystem übergehen. An der Wahl können nur Mitglieder teilnehmen, die mindestens zehn Wochen dem Verbande angehören und für diese Zeit

Beiträge entrichtet haben. Lehrlinge und Jugendliche unter 18 Jahren können sich an dieser Wahl nur dann beteiligen, wenn sie dem Verbande schon zwei Jahre angehören; andernfalls haben sie nur in der Jugendabteilung Stimmrecht.

Über den Wahlakt selbst enthält das Statut keine näheren Vorschriften. Hier gelten die allgemeinen parlamentarischen Regeln. Wenn für ein Amt nur ein Kandidat vorgeschlagen wird, so kann die Wahl durch Handaufheben vorgenommen werden. Sind mehrere Bewerber für einen Posten vorhanden, so muß die Wahl mittels Stimmzettel erfolgen. Als gewählt gilt derjenige, der die absolute Mehrheit hat, das heißt, er muß mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten haben. Hat kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten, so muß zwischen den zwei Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl eine Stichwahl stattfinden. Hier entscheidet die einfache Mehrheit.

Die Wahl der Ortsverwaltung hat eine größere Bedeutung, als vielfach angenommen wird. Die Ortsverwaltung ist für die Verwaltungsstelle das, was der Verbandsvorstand für den Gesamtverband: Führer und Berater in allen Lagen. Versagt der Führer oder Berater bei irgendeiner Gelegenheit, so sind die Mitglieder die Leidtragenden. Deshalb muß darauf gesehen werden, daß die Ortsverwaltung sich aus den fähigsten und regiamten Kollegen und Kolleginnen zusammensetzt. Wir haben Zeiten erlebt, wo bei der Wahl nicht darauf gesehen wurde, ob die Bewerber auch tüchtige und überzeugte Gewerkschafter sind, sondern ausschlaggebend war ihre parteipolitische Gesinnung. In einigen Verwaltungsstellen wird auch heute noch nach solchen Gesichtspunkten gewählt, sehr zum Schaden der örtlichen Mitgliedschaft. Bei der Wahl der Ortsverwaltungsmitglieder dürfen nur sachliche Momente eine Rolle spielen.

Der Bevollmächtigte muß mit den örtlichen Verhältnissen und allen Einrichtungen des Verbandes völlig ver-

**Mit Lefmann tiefen Nimmern ist
am 1. Dezember 1929 fällig!**

Das Lohnabkommen für das Rheingebiet allgemeinverbindlich.

Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums vom 17. Dezember ist das am 4. Juli abgeschlossene Lohnabkommen für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet für allgemeinverbindlich erklärt. Es handelt sich um das neue Lohnabkommen zu dem schon länger bestehenden und allgemeinverbindlichen Landestarifvertrag, das mit dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet und mit dem Rheinisch-Westfälisch-Lippischen Tischler-Innungsverband abgeschlossen ist und sich im wesentlichen auf das linksrheinische Gebiet erstreckt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Dezember 1929; ihre Ausdehnung auf die Stadt Trier und den Kreis Euskirchen bleibt vorbehalten.



Holzindustrie



Rückblende und Ausblende.

Dem Jahre 1929 wird man in den Kreisen der Holzwirtschaft keine Träne nachweinen. Wie immer, werden auch diesmal diejenigen über den verflochtenen Zeitabschnitt am meisten jammern, die am wenigsten dazu Anlaß haben. Zur Stunde, wo diese Zeilen in Druck gehen, sind die Rückschauartikel der Unternehmerpresse der Holzindustrie noch nicht erschienen, aber wir wetten 100 : 1, daß sie 1929 eins der schlechtesten, wenn nicht das schlechteste Jahr der Vergangenheit nennen. Man wird auf die Zahl der Konkurse verweisen, die wohl gestiegen ist, aber doch noch hinter der von 1913 und anderen „gesegneten“ Vorkriegsjahren zurückbleibt. Wichtig ist, daß in den letzten Monaten Firmen zusammengebrochen sind, die man mit zu den solidesten Unternehmungen gezählt hat. Sieht man sich diese Fälle näher an, so sind diese Firmen kaum ein Opfer der wirtschaftlichen Zeitverhältnisse geworden, sie sind vielmehr an der Unfähigkeit oder an dem Größenwahn ihrer Leiter zugrunde gegangen. Wir unterstreichen, was kürzlich ein Unternehmer schrieb: „Die Ursache der Zusammenbrüche von Firmen der Holzwirtschaft, deren Bonität über jeden Zweifel erhaben schien, liegt im wesentlichen in der verkehrten Expansionspolitik, die betrieben wurde. Fast alle diese zugrunde gegangenen Firmen haben Geschäfte weit über den Rahmen ihrer eigenen Mittel hinaus getätigt und zur Finanzierung entweder eigene Mittel begeben oder die Hilfe ihrer Banken in Anspruch genommen.“

Zugegeben werden soll, daß die Mehrzahl der holzwirtschaftlichen Unternehmungen das ganze Jahr über zu kämpfen hatte. Die Aufträge gingen spärlich ein, was zur Folge hatte, daß die Produktionskapazität der Betriebe bei weitem nicht voll ausgenutzt werden konnte. Viele Unternehmungen beschäftigten durchschnittlich nur halb soviel Arbeiter als im Vorjahr. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Betriebe, die ihre Arbeiterzahl wesentlich erhöht haben, zum Teil geht die Zunahme in die Hunderte. Warum diese Betriebe einen Aufschwung nehmen konnten, während andere der gleichen Branche verschiedentlich im gleichen Orte stark zurückgingen, ist nicht ohne weiteres verständlich. Vielleicht stellt der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie darüber einmal nähere Untersuchungen an. Dabei wird er bald merken, daß gewisse Ausführungen des Herrn Baum über die holzverarbeitende Industrie kürzlich im Rundfunk (Deutsche Welle Königswusterhausen) nur billiges Gerede sind. Oder will Herr Baum behaupten, daß die Betriebe, die sich im letzten Jahr kräftig aufwärtsentwickelt haben, unter den „hohen“ Löhnen, sozialen Abgaben und Steuern nicht ebenso „leiden“ wie die anderen, mit denen es abwärtsgegangen ist? Die Ursachen sind ganz andere, sie liegen in der Hauptsache in der Person des Unternehmers. Wer seine Aufgabe lediglich darin sieht, über die Arbeiter und die Zeitverhältnisse zu jammern, der macht keine guten Geschäfte. Die „Tätigkeit“ der Mehrheit der Unternehmer besteht aber in Jammern und Klagen.

Uns könnte dies ja schließlich kalt lassen, wenn die Arbeiter darunter nicht am meisten zu leiden hätten. Die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie erreichte 1929 einen Umfang, der nur von dem des Jahres 1926 übertroffen wurde. 1926 war das schlimmste Arbeitskrisenjahr, das die Geschichte unseres Holzarbeiter-Verbandes kennt. Im Jahresdurchschnitt waren damals von je 100 Mitgliedern 28 arbeitslos, 1929 waren es (genaue Zahlen liegen noch nicht vor) etwa 18. Im Vorjahr, 1928, waren es „nur“ 11. Die Arbeitslosigkeit war 1929 also glücklicherweise nicht ganz so umfangreich wie 1926, aber doch wesentlich größer als 1928. Auch die Kurzarbeit war umfangreicher, so daß 1929 für die Holzarbeiter ein schlimmes Jahr im wahren Sinne des Wortes war.

Auf dem Holzmarkt war das erfreulichste ein merkbarer Preisabfall. Die Rundholzpreise fielen im Laufe des Jahres um etwa 12 Prozent im Durchschnitt. Die Schnittholzpreise sanken um etwa 10 Prozent. Die Waldbesitzer werden den Rückgang der Rundholzpreise auf die Holzvermehrung zurückzuführen, diese war 1929 aber schätzungsweise (die Zahlen für den Monat Dezember sind noch nicht bekannt) um 5 Millionen Festmeter kleiner als im Vorjahr. Andererseits ist die Nachfrage um rund 500 000 Festmeter gestiegen. Ganz besonders erfreulich an dem Holzhandel mit dem Ausland ist der Rückgang der Schnittholzeinfuhr auf der einen und die Zunahme der Rundholzeinfuhr auf der anderen Seite. Diese Entwicklung ist im Interesse der deutschen Sägewerksindustrie zu begrüßen, sie wird aber wahrscheinlich nicht von langer Dauer sein, denn sie widerspricht dem Gesetz von der internationalen Arbeitsteilung.

Auch die Außenhandelsbilanz der holzverarbeitenden Industrie sieht freundlicher aus als im Vorjahr. Die Ausfuhr ist beträchtlich gestiegen, die Einfuhr merklich zurückgegangen. Nur in gewissen hohen Holzwaren ist die Einfuhr noch recht erheblich; auch dagegen wird wenig zu machen sein, denn hier liegt es ähnlich wie beim Holz.

Die Preise für Möbel und andere Holzwaren sind im Laufe des Jahres zurückgegangen, aber doch nicht so, daß sie nun mit der Kaufkraft der breiten Massen

in Einklang ständen. Im Durchschnitt kosten Möbel 50 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit. Die von uns schon wiederholt festgestellte Tatsache, daß die Möbel, die für die Arbeiter in Betracht kommen, verhältnismäßig höher im Preise stehen als die Möbel des sogenannten Bürgertums, besteht auch heute noch.

Die Zusammenfassungsbewegung von mehreren Betrieben zu großen Unternehmungen oder zu Kartellen oder kartellähnlichen Verbänden hat 1929 weitere Fortschritte gemacht. Wir erinnern nur an die Fusionen in der Knopf-, Mundharmonika-, Klavier-, Klaviatur- und Mechanik- und Sperholzindustrie. Auch in der Möbelindustrie sind Zusammenschlüsse und mehr noch finanzielle Bindungen erfolgt, die aber meistens ziemlich geheim zustande kamen.

Das Jahr 1930 wird uns auf dem Wege der Konzentration ein weiteres Stück vorwärtsbringen. Am stärksten vielleicht in der Möbelindustrie. Dabei wird es sich vornehmlich darum handeln, gewisse Konkurrenzbetriebe stillzulegen. Weniger, ja vielleicht überhaupt nicht, aus Gründen der Preispolitik, sondern um seine eigenen Betriebsanlagen besser ausnützen zu können. Aber die Absatzverhältnisse der Möbelindustrie, als der größten Wirtschaftsgruppe der Holzwirtschaft, im neuen Jahr läßt sich Bestimmtes natürlich nicht sagen. Wird flott gebaut, dann werden auch Möbel gekauft. Augenblicklich sieht es um die Wohnungsbautätigkeit nicht gut aus, aber wir möchten annehmen, daß der Wirtschaftshimmel aus politisch-taktischen Gründen schwärzer gemalt ist, als es seiner Natur entspricht. Wir hoffen für die Möbelindustrie und alle anderen Zweige der Holzindustrie auf einen baldigen Wiederaufschwung.

Eine „Lehrschau Holz“ in Berlin.

Der Verein deutscher Ingenieure hat im Sommer vorigen Jahres in Königsberg eine „Lehrschau Holz“ veranstaltet, die allgemein große Anerkennung gefunden hat. Nun wird diese Veranstaltung in Berlin wiederholt, und zwar als eine Sonderveranstaltung im Rahmen der 5. „Grünen Woche“ vom 1. bis 9. Februar. In der „Lehrschau Holz“ werden die Erzeugung, Eigenschaften und die Verwendung des Holzes gezeigt. In Verbindung mit der Lehrschau findet in der Technischen Hochschule, Charlottenburg, eine Holztagung statt, auf welcher u. a. Vorträge gehalten werden über: Holzherzeugung — Holzgewinnung und Holzverwertung — Verwendungsmöglichkeiten für Sperrholz — Holzeigenschaften und Holzveredlung — Oberflächenbehandlung des Holzes.

Auf Grund unserer Eindrücke bei der Besichtigung der „Lehrschau Holz“ in Königsberg können wir unseren Lesern den Besuch der Veranstaltung empfehlen. Leider wird es den auswärtigen Kollegen nicht möglich sein, allein wegen dieser Veranstaltung nach Berlin zu reisen, die Berliner Kollegen haben es bequemer, und sie sollten diese Veranstaltung möglichst zahlreich besuchen. Sie werden dort viel Interessantes und Wissenswertes finden. Die „Lehrschau Holz“ findet in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm, Stadtbahnhof Wilsleben, statt.

Deutsche Holzarbeiter in Frankreich.

Vom Vorstand des französischen Holzarbeiter-Verbandes erhalten wir die Mitteilung, daß dort zahlreiche Briefe von deutschen Kollegen eingehen, die gern in Frankreich arbeiten möchten. Die französischen Kollegen wären gern bereit, zureisenden Berufsgenossen behilflich zu sein, sie können aber jungen Deutschen nicht raten, nach Frankreich zu kommen. Wenn die Arbeitslosigkeit unter den Holzarbeitern auch nicht groß ist, so herrscht doch kein lebhafter Geschäftsgang. Wer nach Paris reisen will, muß das auf eigene Verantwortung tun. Für die Arbeitsvermittlung kommt eine Abteilung des Arbeitsministeriums in Betracht. Die Adresse lautet: „Office National de Placement (Main d'Oeuvre Etrangère)“ 2 Avenue Rapp, Paris VII.

Wir möchten dieser Mitteilung hinzufügen, daß der Zuwanderung ausländischer Arbeiter enge Grenzen gezogen sind. Nach einem zwischen der deutschen und der französischen Regierung abgeschlossenen Vertrag, können jährlich 500 deutsche Arbeiter in Frankreich und ebensoviel französische in Deutschland zugelassen werden. Voraussetzung für die Zulassung ist, daß der Bewerber das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Er muß den Nachweis erbringen, daß er einen Unternehmer gefunden hat, der sich verpflichtet, die tariflichen Arbeitsbedingungen auch gegenüber dem Ausländer anzuerkennen. Von den insgesamt 500 Zugelassenen entfallen etwa 200 auf das Hotel- und Gastwirtsgerwerbe und etwa 220 auf kaufmännische und technische Angestellte, nur für die restlichen 80 Zulassungen kommen Facharbeiter aller anderen Berufe in Betracht. Am zugelassen zu werden, muß der deutsche Arbeiter sich zunächst die Bescheinigung des französischen Unternehmers beschaffen, der bereit ist, ihn einzustellen. Mit diesem Schein wendet sich der Bewerber an das für seinen Wohnsitz zuständige Arbeitsamt. Dieses gibt die Sache an das Arbeitsamt in Köln ab, wo die Gesuche bearbeitet werden.

Aus dieser Darstellung ist zu erkennen, daß es nur in ganz seltenen Fällen gelingen wird, auf legalem Wege in Frankreich Arbeit zu finden. Wer aber doch den Versuch unternehmen will, wende sich an die oben angegebene Adresse in Paris.

Wie steht's mit Hupfeld-Zimmermann?

In der Generalversammlung der Hupfeld-Gebr. Zimmermann AG. gegen Ende vorigen Jahres ist es zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Ein Aktionär machte der Verwaltung den Vorwurf, daß sie die Aktionäre und die Öffentlichkeit all die Jahre hindurch irreführend habe. In der Generalversammlung im Spätherbst 1928 seien die Aussichten der Gesellschaft als günstig bezeichnet worden, und nach knapp einem halben Jahr sei der Zusammenbruch erfolgt. Die Bilanz sei noch ungünstiger als die Verwaltung angebe, sie schließe wahrscheinlich mit einem erheblichen Verlust ab.

Der Aufsichtsratsvorsitzende, Konsul Meyer aus Leipzig, unterbrach den oppositionellen Aktionär, als er von „Bilanzverschleierung“ und „Zusammenbruch“ sprach. Die Bilanz sei durchaus einwandfrei aufgestellt und die Lage des Unternehmens sei nicht aussichtslos. Der Verwaltung führe jetzt eine durchgreifende Rationalisierung der Gesellschaft durch. Verschiedene Werke würden stillgelegt (wir haben darüber schon berichtet) und die Grundstücke verkauft. Darüber hinaus seien Maßnahmen zur Erzielung außerordentlicher Ersparnisse getroffen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen könnten aber erst nach und nach in Erscheinung treten. Die Entlastung der Verwaltung erfolgte gegen 9575 Stimmen des opponierenden Aktionärs.

Im Interesse der bei Hupfeld-Zimmermann beschäftigten Arbeiter wäre zu wünschen, daß Herr Meyer mit seinem Optimismus recht behält. Daß die Lage des Unternehmens im Augenblick sehr kritisch ist, geht auch aus den Auslassungen der großen Tagespresse hervor. So schreiben z. B. die „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Die Fusion Hupfeld-Gebr. Zimmermann hat sich für die Übernahmengesellschaft sehr ungünstig ausgewirkt. Die einst so gesunde Zimmermann AG. ist durch die Verschmelzung mit der heruntergewirtschafteten Hupfeld AG. bedauerlicherweise selbst krank geworden. Eine hohe Schuldenlast hemmt die Bewegungsfreiheit, und der Aktienturs hat einen kaum für möglich gehaltenen Tiefstand von etwa 28 Prozent erreicht. Offensichtlich hat die Zimmermann-Verwaltung die Zukunft der deutschen Klavierindustrie damals falsch beurteilt und die eigene Kraft des Unternehmens überschätzt. Es gab Branchenkundige, die seinerzeit die ungünstige Entwicklung voraussahen; leider haben diese Bestimmten recht behalten. Man muß zugeben, daß der Niedergang der Pianoindustrie die unglückliche Entwicklung erheblich beeinflusst hat. Andererseits wird jedoch kaum zu widerlegen sein, daß Zimmermann ohne diese verkehrte Expansion heute viel besser dastehen würde.“

In der Öffentlichkeit wird weiter damit gerechnet, daß Hupfeld-Zimmermann über kurz oder lang zu einer Sanierung schreiten muß.

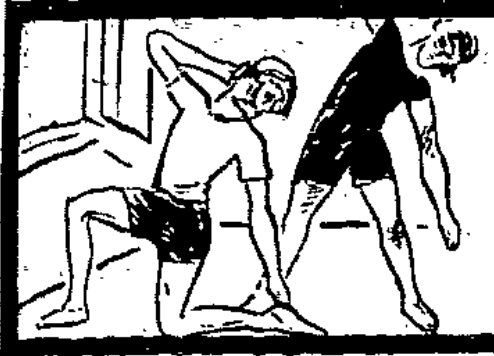
Zusammenlegbare Holzlisten.

Viele Holzlisten werden für ihren ursprünglichen Zweck nur einmal benutzt. Weniger deshalb, weil sie nicht mehr neu sind, sondern weil der Transport leerer Listen verhältnismäßig teuer ist, und zwar wegen ihrer großen Sperrigkeit. Das gleiche gilt für Pappkartons und Blechkästen. Die Pappkartonindustrie ist seit längerer Zeit bemüht, diesem Mangel dadurch abzuhelfen, daß sie zusammenlegbare Kartons herstellt. Auch die Blechkastenindustrie ist diesem Beispiel gefolgt. Nun haben sich auch einige Kistenfabrikanten in dieser Beziehung versucht. Augenblicklich sind bereits zwei Arten von zusammenlegbaren Kisten auf dem Markte.

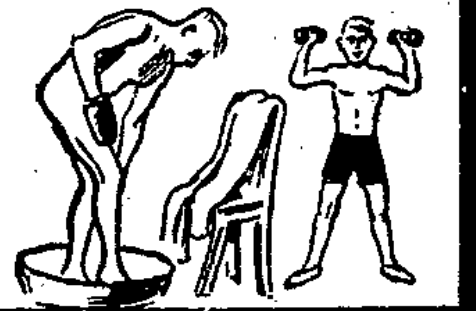
Bei der Klappkiste (Klapp ist der Name des Fabrikanten) sind Deckel und Boden mit Eckwinkelschrauben versehen. Die Seitenwände werden in das mit der offenen Seite nach oben liegende U-Profil der Eckwinkelschraube eingesetzt, so daß ein Verschieben nach innen oder außen unmöglich ist. Um der Kiste während des Einpackens die erforderliche Stabilität zu geben, wird ein Metallband um die Seiten gelegt. Nach Aufsetzen des Deckels werden die Kisten mit zwei oder drei Metallbändern umschnürt.

Bei der Li-Pa-Kiste (der Hersteller heißt Lindner) werden die Stirnwände durch einen Anschlag am Boden gegen Verschieben nach außen gesichert. Nach innen erfolgt die Sicherung durch die Seitenwände, die zwischen den Stirnwänden liegen. An den Stirnwänden angebrachte Winkelleisten verhindern ein Verschieben der Seitenwände nach außen, während die Sicherung gegen Eindringen der Seitenwände durch die überstehenden Seitenleisten erfolgt. Beim Einpacken wird die Kiste durch einen Spanner zusammengehalten, der durch einen exzentrischen Hebel an den Schutblechen der Stirnwände festgeklemmt wird. Am Deckel und Boden sind Metallbandführungswinkel angebracht, welche die Kanten vor Beschädigung schützen und gleichzeitig ungewolltes Umlegen des Metallbandes verhindern.

Die Konstruktion dieser Kisten bedingt einen höheren Verkaufspreis als für gewöhnliche Kisten. Die Mehrausgabe macht sich, so behaupten wenigstens die Fabrikanten, aber dadurch bezahlt, daß die Lagerung und der Versand der leeren Kisten raumsparend und die Kisten wiederholt benutzt werden können. Ob das zutrifft, soll hier nicht näher untersucht werden. Jedenfalls verdient das Aufkommen von zusammenlegbaren Kisten die Beachtung unserer Kollegen in der Kistenindustrie.



Gesundheit und Körperpflege



Der Bruch, seine Entstehung und Behandlung.

Von cand. med. Hans Säuserlin.

Unter Bruch versteht man den zeitweisen oder dauernden Austritt von Eingeweiden der Bauchhöhle in eine Tasche des Bauchfells, das die Innenwand des Leibes auskleidet und die Eingeweide umhüllt. Drängt sich der Bruch nach außen und sichtbar unter die Haut vor, wie zum Beispiel der Leistenbruch, so spricht man von äußeren Brüchen. Die in Bauchfelltaschen im Bereich der Bauchhöhle liegenden Brüche nennt man innere Brüche. Diese treten selbst bei stärkster Vergrößerung nicht aus dem Körper nach außen heraus.

Betrachten wir zuerst die bei weitem am häufigsten vorkommenden äußeren Brüche, so können sie jede beliebige, in ihrer Festigkeit geschwächte Stelle der Bauchwand durchsetzen. Meist treten sie aber an bestimmten, durch ihren anatomischen Bau disponierten Stellen, den sogenannten Bruchpforten aus. Die Bruchpforten befinden sich besonders da, wo große Blutgefäße und Nervenstämme (Nabel, Schenkelgegend) oder der Samenstrang (Leistengegend) den Leib verlassen. Auch die Regionen, in denen normalerweise Lücken zwischen den Muskeln der Bauchwand vorhanden sind (Leistengegend, Damm), wo sich die Bauchdecken verjüngen (in der Mittellinie des Leibes, an der inneren Leistenrinne) oder wo eine Operationsnarbe oder eine angeborene Spaltbildung der Bauchdecken die Widerstandsfähigkeit der Bauchwand herabgesetzt hat, kommen als Bruchpforten in Betracht.

Stülpt sich nun das Bauchfell durch eine solche Bruchpforte nach außen, so kommt ein Bruchzustand zustande. Dieser kann angeboren oder im späteren Leben erworben sein. Nach außen hin wird der Bruch durch den sogenannten Bruchhüllen umgeben. Ihre Zahl und Art ist bei den einzelnen Brucharten verschieden. Im allgemeinen bestehen sie aus den vom Bruch nach vorgetriebenen Teilen der Bauchwand, also der Haut, dem unter der Haut gelegenen Fett, den Sehnen, seltener aus Muskulatur, da die Brüche sich ja meist dort finden, wo widerstandsfähige Muskulatur fehlt.

Was nun den Inhalt des Bruchfades anbelangt, so können ihn so ziemlich alle Organe des Bruches bilden. Die beweglichsten, wie der Dünndarm und das Netz, finden sich am häufigsten im Bruchfaden. Aber auch den Dickdarm, den Blinddarm, den Magen, die Blase, die Gebärmutter und Eierstöcke, seltener die Leber, Gallenblase, Milz, Nieren, Hoden und Bauchspeicheldrüse hat man im Bruch nachweisen können. Ja, es gibt sogar Fälle, bei denen der größte Teil der Eingeweide nicht mehr im Leib, sondern im Bruchfaden liegt.

Was die Entstehung anbelangt, unterscheidet man angeborene und erworbene Brüche. Bällig ausgebildet und fertig bei der Geburt findet sich aber meist nur der Nabelschnurbruch und Zwerchfellbruch, selten einmal ein Leistenbruch. Sonst ist immer nur die Disposition zur Bruchbildung angeboren. Diese sogenannte Bruchanlage besteht darin, daß die betreffende Bruchpforte abnorm weit angelegt, die Muskulatur an der Stelle des Bruchaustritts schwach entwickelt und das Bauchfell oft abnorm gestaltet ist. Die erworbenen Brüche beruhen auf mancherlei Ursachen. So kann durch Fettschwund infolge zehrender Krankheiten die Bruchregion Lücken bekommen, in die sich das Bauchfell einstülpt. Auch lang dauernde Überdehnungen der Bauchwand (zum Beispiel durch Schwangerschaft, Bauchwasserlucht) verdünnen und erweitern die Bruchpforten. Ferner bedingen schlaffe Konstitution und tiefgreifende Narben eine allgemeine oder örtliche Herabsetzung des Widerstandes der Bauchdecken und damit eine Bruchdisposition.

Alle genannten Faktoren bereiten den Bruch jedoch nur vor. Erst die Tätigkeit der Bauchpresse (beim Stuhlgang, Rechen, Husten, Niesen usw.) drängt die Eingeweide gegen die schwachen Bruchpforten vor, und so kommt es zur Formierung eines Bruchfades, in den dann Organe der Leibeshöhle nachgedrückt werden. Einen Bruch als Folge eines Unfalles anzusehen, ist nur dann richtig, wenn er vorher nicht bestanden hat, wenn der Unfall die Bruchpfortenregion betroffen hat und der Austritt des Bruches mit heftigen Weichwerden einherging.

Im Laufe der Zeit ist ein Bruch mancherlei krankhaften Veränderungen ausgesetzt, die seinem Träger mitunter äußerst gefährlich werden können. So kann es zu Verwachsungen zwischen Bruchfaden und Bruchinhalt kommen. Dann entstehen Schmerzen und Verdauungsstörungen, ferner ist es nun unmöglich, den Bruch zurückzubringen. Außerdem kann sich der im Bruch liegende Darm entzünden, ein Darmkatarrh, eine Blinddarmentzündung, Ruhr oder Typhus können sich hier abspielen. Der Bruch wird dann heftig, heiß und schwillt an; häufig kommt es zur Eiterung. Ganz gefährlich ist die Verwachsung, die allmählich einsetzt und zu Aorten, Erbrechen und Bauchfellentzündung nach Darmverwachsungen führen kann, und die Bruchheilung, die als ganz plötzliche oder allmählich sich entwickelnde Austritt und immer, wenn keine Hilfe kommt, zum Brandwerden des im Bruchfaden liegenden Organes führt.

Der Heiligkeit nach stehen die Leistenbrüche an erster Stelle. Die inneren Brüche sind hier äußere und innere Leistenbrüche. Die äußeren Brüche sind entsprechend dem Verlauf

des Leistenkanals vor. Der Leistenkanal ist ein 4 bis 5 Zentimeter langer Tunnel, der Blutgefäße, Nerven und beim Mann den Samenstrang, bei der Frau die Mutterbänder enthält. Die äußeren Leistenbrüche weiten diesen Kanal aus und steigen dann durch ihn in den Hodensack, beim Weibe in die großen Schamlippen herab. Die inneren Leistenbrüche benutzen einen kürzeren und geraderen Weg. Sie dringen von der Leibeshöhle direkt nach außen vor, ohne durch den schräg verlaufenden Leistenkanal zu gehen, und liegen dann als kugelige Gebilde über dem inneren Teil des Leistenbandes, ohne tiefer zu treten.

Ist der Leistenbruch hauptsächlich beim Mann zu finden, so wird das weibliche Geschlecht mehr vom Schenkelbruch befallen. Dieser tritt aus der Bauchhöhle durch den Blutgefäße und Nerven enthaltenden Schenkelkanal und wölbt sich dann dicht unterhalb des Leistenkanals vor.

Im Bereiche des Nabels kann der angeborene Nabelschnurbruch als Folge des mangelhaften Abschlusses der Leibeshöhle am Ansatz der Nabelschnur auftreten; der Nabelbruch kleiner Kinder, der dadurch zustande kommt, daß die Nabelnarbe in der ersten Lebenszeit noch schwach und nachgiebig ist und durch Pressen von den Eingeweiden vorgetrieben wird, und der Nabelbruch Erwachsener, bedingt durch starke Verdünnung der Bauchwand bei Schwangerschaft, Bauchwasserlucht, Geschwülsten, Abmagerung oder starker Dehnung der Bauchdecken bei Fettleibigkeit.

Ferner finden sich Brüche in der Mittellinie des Leibes, an schlecht verheilten Bauchnarben und als selteneren Arten Leistenbrüche, Dammbrüche und Brüche im Bereich des Beckens.

Die Behandlung der Brüche kann eine nicht operative oder operative sein. Die nicht operative geschieht durch die bekannten Bruchbänder, deren Prinzip es ist, durch einen mittels Federkraft auf die Bruchpforte gepreßten Knopf den Bruch zurückzuhalten und unter Umständen Verklebungen und Verwachsungen im Bruchfaden herbeizuführen, die zur Heilung des Bruches führen können. Bedingung für das Tragen eines Bruchbandes ist aber, daß der Bruch in die Bauchhöhle zurückgebracht werden kann. Wo das nicht der Fall ist, ist das Bruchband nicht anwendbar und sogar äußerst gefährlich, da durch den Druck des Knopfes der Bruchinhalt schwer geschädigt wird. Im allgemeinen ist und bleibt aber die Bruchbehandlung nur ein Notbehelf, der wohl die Beschwerden lindert und den Patienten mehr oder weniger arbeitsfähig macht, und der am Platze ist, wenn eine Operation aus bestimmten Gründen nicht möglich ist oder verweigert wird. Eine sichere und radikale Heilung bringt jedoch nur die Operation, die in Freilegung, Zurückbringen des Bruchinhalts in die Bauchhöhle, Abtragung des Bruchfades und exaktem Nahtverschluß der Bruchpforte besteht. Bei eingeklemmten Brüchen ist die Operation die einzige Behandlungsmethode und als solche lebensrettend.

Warnen.

1. Feuchte nicht den Finger im Munde an, um Geld zu zählen oder Blätter umzuschlagen: am Papier können Krankheitserreger haften und in deine Mundhöhle gelangen.
2. Lecke nicht Briefmarken mit der Zunge: sie sind durch viele Hände gegangen und sicher beschmutzt, lecke auch den Briefumschlag nicht mit der Zunge zu.
3. Der Verkäufer blase nicht seine Lüten mit dem Munde auf; er lasse nicht das Einwickelpapier mit angefeuchteten Fingern an: Keime aus seinem Munde und von seinen Fingern können übertragen werden.
4. Lecke an der Bleistiftspitze nicht mit den Lippen, erst recht nicht am Kopierstift.
5. Trinke nicht gemeinsam mit anderen aus demselben Glas: du weißt nicht, ob der andere krank ist.
6. Halte nicht Nadeln, Nägel, Fahrscheine usw. mit den Lippen oder Zähnen.
7. Wirf nicht Semmeln, Brot und andere Nahrungsmittel unverpackt mit anderen, oft nicht ganz sauberen Dingen in denselben Beutel oder dieselbe Tasche.
8. Laß Nahrungsmittel möglichst wenig in Küche und Zimmer herumliegen, auch wenn Fliegen, Mücken und andere Wirbewohner es gern sehen.
9. Wasch dir die Hände, bevor du isst, noch mehr, wenn du zu tochen beginnst.
10. Lies nicht beim Essen, nicht bloß weil es unhöflich ist, sondern auch weil es die Verdauung stört, der du deine ungeteilte Aufmerksamkeit zu widmen hast. Aus gleichem Grunde erledige beim Essen keine Geschäfte, führe keine erregten Gespräche, ärgere dich nicht.
11. Lieblofe deine Hunde und Katzen nicht beim Essen.
12. Huste und niese keinen anderen an. Benutze ein Taschentuch, das dir auch dienlich sei, wenn du auszuspucken hast: der Fußboden ist kein Spudnapf.
13. Nach Benutzung des Aborts wasche dir die Hände.
14. Drücke nicht Fiedel im Gesicht mit den Fingern auf, deine Fingernägel sind nicht unbedingt sauber.
15. Schirme und Etüde quer unterm Arm zu tragen, ist ein Unflug: den Augen des Nachbarn können sie gefährlich werden.

Frostbeulen.

Eine wirksame Behandlung des Frostes soll vor Eintritt der Kälte einleiten. Die leichteren Formen dieser Erkrankung fallen in das Gebiet der Kosmetik, während die schwereren zur Dermatologie bzw. Chirurgie gehören. Die Erscheinungsformen sind mannigfaltig. Hier sollen nur zwei besprochen werden: das Frosterthym und die Frostbeulen.

Unter Frosterthym versteht man eine mehr oder weniger umschriebene Rötung und Schwellung der befallenen Hautpartie, verbunden mit starkem Jucken und Brennen, dessen Ursache die Kälte ist. Die Frostbeulen, welche sich aus diesem Stadium entwickeln können, sind dicke, häßliche, juckende Knoten, die bei ihrem Zerfall nur sehr langsam heilende Wunden hinterlassen.

Der Frost, wie er im Volksmunde kurz heißt, stellt sich stets an den Körperteilen ein, die vom Herzen am entferntesten gelegen sind, an Händen, Ohren, Nase und Füßen, und zwar, weil hier am ehesten Störungen in der Blutversorgung vorhanden sind. So sind besonders Menschen dazu disponiert, die an Bleichsucht, Herz- und Nierenkrankheiten mit Stauungserscheinungen oder starker Nervosität leiden, infolge deren Lähmungen der Gefäße auftreten können. Mangelnde Bewegung, wie sie eine sitzende Lebensweise im Beruf häufig mit sich bringt, kann auch Disposition für Frost schaffen. Ebenso kann örtlicher Druck, hervorgerufen durch zu enge Schuhe oder Handschuhe, das Tragen eines Schleiers, der der Nase oder den Wangen fest anliegt, schädigend wirken.

Aus dem Gesagten ergibt sich ein wichtiger Fingerzeig für die Vorbeugung wie für die Behandlung des Frostes. Es ist wohl ohne weiteres klar, daß sich Herz- und Nierenkranke, Bleichsüchtige und ähnlich Kranke besonders schützen und sich wegen ihrer Grundleiden in ärztliche Behandlung begeben müssen, denn mit Beseitigung oder Besserung dieser Leiden allein lassen häufig schon die Frostbeschwerden nach. Bei mangelnder Bewegung wird Turnen, Sport, Massage angeraten sein. Die Handschuhe sollen reichlich groß und warm sein. Am besten scheinen solche aus Wildleder geeignet zu sein, zu dem sehen sie schöner aus als wollene. Das Schuhwerk muß bequem und warm sein, die Strümpfe sollen unbedingt aus Wolle sein, und zwar empfiehlt es sich, schon vor Eintritt der großen Kälte solche wenigstens aus leichter Wolle zu tragen. Ein anliegender Schleier darf im Winter keineswegs benutzt werden. Kaltes Wasser soll zum Waschen gemieden werden, dagegen werden lauwarme und warme Waschungen angenehm empfunden, besonders wenn man dem Wasser Aufblätternabkochen zusetzt. Statt Wasser kann man auch gefäßverengende Mittel anwenden, wie Franzbranntwein, Alkohol, Kampferspiritus. Umschläge mit essigsaurer Tonerde, Borwasser oder Bleiwasser, wobei auf ein Glas Wasser ein Teelöffel des Medikaments kommt, haben denselben Erfolg. Natürlich können auch die wirksamen Medikamente in Form einer Salbe angewandt werden, ja z. B. bei Frost an den Ohren wird die Anwendung von Salben am geeignetsten sein. Am mannigfaltigsten sind die Behandlungsmöglichkeiten bei Frost an den Händen und Füßen. Sehr zu empfehlen sind neben dem oben Erwähnten Wechselbäder; dem Wasser kann man einen Zusatz von fünfprozentigem Chloralkali oder zehnprozentigem Tannin machen, wodurch die Wirkung noch gesteigert wird. Massage, die evtl. zur Anwendung kommt, muß sachgemäß ausgeführt werden und verspricht dann auch Erfolg.

Der Frost an der Nase, der neben den subjektiven Beschwerden auch kosmetisch unangenehm empfunden wird, kann häufig mit Galvanisation erfolgreich bekämpft werden. Aberhaupt spielen die physikalischen Methoden eine ganz beträchtliche Rolle in der Frostbehandlung. Besonders in jenem der Therapie weit weniger zugänglichen Stadium der Frostbeulen. Hier werden Galvanisation, Röntgenbestrahlung und Höhenionne, letztere besonders zur Behebung des Juckreizes, gern vom Arzt angewandt. Ein rascher Temperaturwechsel im Winter, beispielsweise aus dem Freien an den Ofen, ist schädlich.

Wo es gilt, vorübergehend Frostschäden, etwa an der Nase, zu verdecken, kann Puder genommen werden, und zwar am besten ein sogenannter Schminkepuder, das ist ein fetthaltiger Puder, weil dieser zugleich ein Schutz gegen die Bitterung ist. Wiederholen möchte ich nochmals, daß alle Mittel, vor Einsetzen der großen Kälte angewandt, gleichzeitig eine vorzügliche Vorbeugung bei Personen sind, die an Frost leiden oder dazu neigen.

Salz in die Wärmflasche.

Der Kampf gegen die kalten Füße im Bett ist in den Tagen des grimmigen Frostes besonders heftig, und die Wärmflasche, der gute Freund, wird leider so schnell kalt, so daß man mitten in der Nacht schimpfend aufwacht. Eine französische Zeitschrift gibt einen guten und praktischen Rat, den gewiß mancher erproben wird. Man soll die Wärmflasche mit einer Salzlösung füllen. Das Salz nimmt, wenn es der Kälte ausgesetzt wird, viel Wärme in sich auf, indem es sich löst. Deshalb dauert es länger, bis Salzwasser heiß wird, aber das Salz hält dann die Wärme länger fest, so daß die Flasche ihre wohltuende Wirkung eine bedeutend längere Zeit ausübt.



Unterhaltung und Wissen



Die alte, zertretene Holzterrasse knarrte, als Johann am Morgen dieses Tages sein Quartier verließ. Es war 5 1/2 Uhr. In der Stunde lag nichts Ungewöhnliches, es geschah an jedem Werktagmorgen, daß er zur Arbeit mußte, und immer knarrte die Treppe.

Es war Sommer. Johann trat aus dem grauen Torweg auf die Straße. Der Weg zum Bahnhof führte durch eine Allee zierlicher Bäumchen, die ein warmer Wind, der von der Ebene kam, rüttelte.

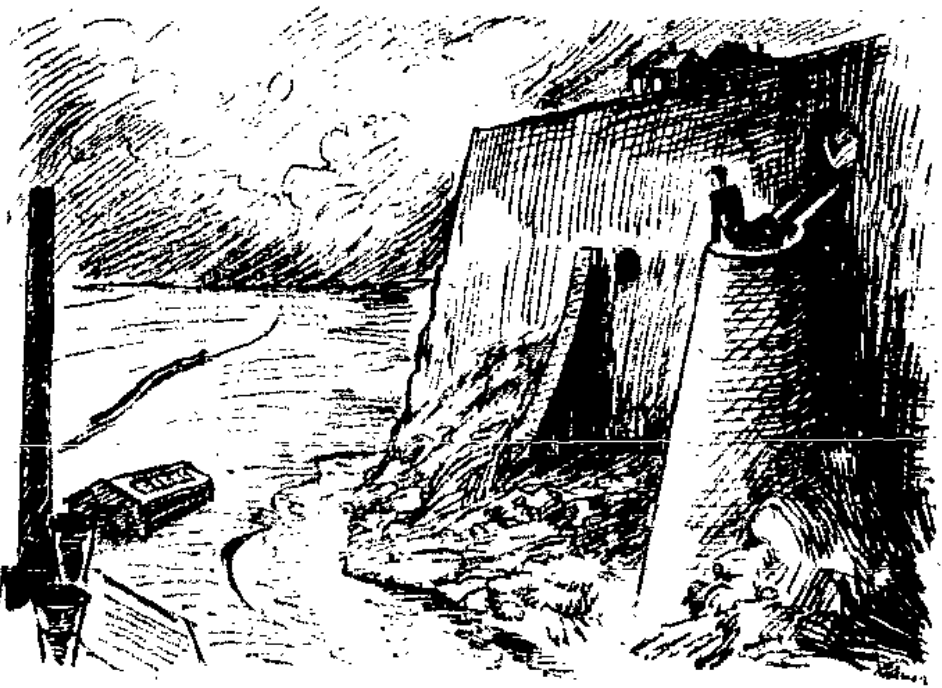
Er war ein unfreundlicher Mensch, dieser Johann. Keines von jenen helläugigen, straffen Gesichtern, die das über-schäumende Leben von innen spannt und deren Augen die Schönheit eines Sommertages aufnehmen, Speicher der Schön-heit sind für bittere Tage.

Harte, vorspringende Backenknochen, ein bleiches, von Trunk und ungestillten Wünschen zerstörtes Antlitz, eine lan-tige, etwas gebeugte Gestalt. Das war Johann. So ging er durch die Baumallee an jenem Sommermorgen. Sein Gang war etwas unsicher, weil er in der vergangenen Nacht seinen Wochenlohn verkrummt hatte in verschiedenen Aneipen. Nur wenige Silbermünzen klinkerten noch in seiner Tasche.

Mit mechanischen, schlottrigen Schritten ging Johann die Wegseite entlang, die zum Vorortbahnhof führte. Unter Hand lagen die Wohnblöcke der Arbeiter verstreut. Gelbe, grüne und rote Wärfel. Darüber hinaus die Schlotte und Traffen des Elmo-Werkes, vom ragenden, gebietenden Werkturn be-wacht. Von den Ruppen der zwölf Schlotte streckten sich Rauch-fahnen wagerecht nach Norden und flossen in das Varental und in die jenseitige große Ferne.

Er dachte an einen Vorfall, der sich gestern nacht ereignet hatte.

Es war nämlich so, daß Johann, der gerade mit einigen Saufbrüdern den „Roten Fisch“ verlassen hatte, mit dem Ringstein in Kampf geriet und kopfüber durch eine Scharte des Schuttwalles in das steinerne Abflußbecken hinabfiel. Wunderbarerweise brach er dabei nicht das Genick.



Durch den erlittenen Schreck war er etwas nüchterner ge-worden, und als er den Kopf hob, sah er vor sich die Ebene im Glanz des tellerrunden Mondes, unaufklar fremd und schön. Droben verlief sich allmählich der Lärm der Saufbrüder und ihre sich entfernenden Schritte verhallten.

Johann war allein.

Und es fiel ihm ein, daß es seit langer Zeit zum ersten Male so war, daß er so ganz allein der Nacht, dem Monde und sich selbst gegenüberstand. Die Tage in der Fabrik, die Nächte in den Schenken, dann ein kurzer, todähnlicher Schlaf, immer wieder dasselbe.

Und zum ersten Male kamen — wie es ihm schien, von der Ebene her — wieder frisch vergangene Bilder auf ihn zu, das kleine Bahnwärterhaus des Vaters, die blaue Kattun-schürze der Mutter, ein blonder Zopf Mariedl's, des Schwester-chens, ein Zopf, der so steif geflochten war, daß er wie ein Kattenschwanz steil abstand.

Der Mond lag tellerrund im Himmel, die Nacht wehte von der großen Ebene herüber und Johann lag im Abfluß-becken des Elmo-Werkes. Später hörte er auch.

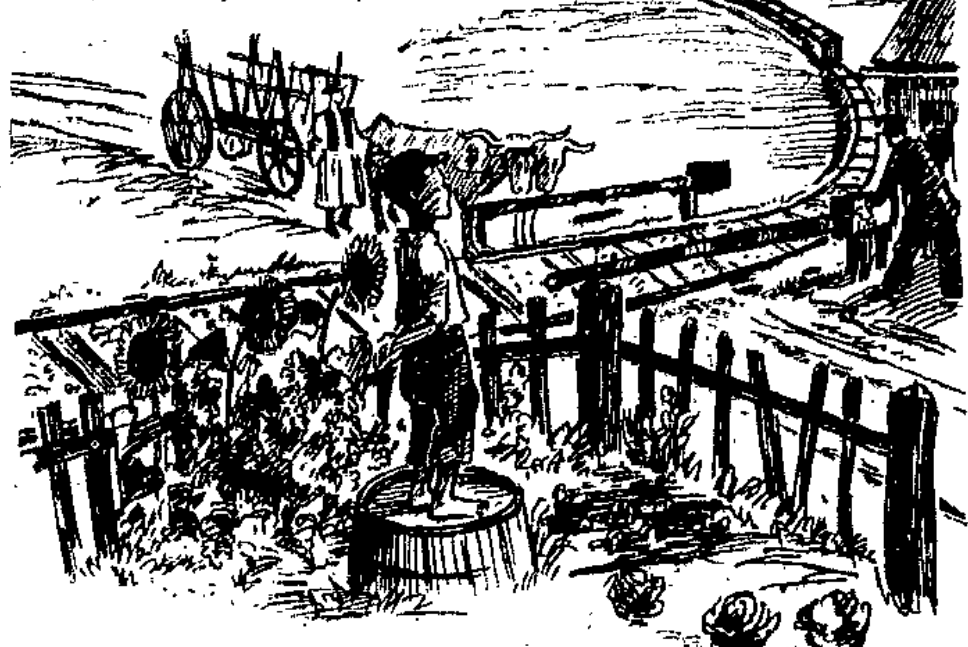
Ein jernes Säusen, das immer stärker wurde, zwei Feuer-angen des heran jagenden Zuges, das schäumende Pfeifen der Lokomotive, die so daherkam, daß alles am Gelände des Bahnhofs ins Zittern kam und im Wackeln zwischen die Fenster-scheiben klirrten. Viele Züge rollten vorbei, gemäch-lich schraubende, ziegelrote Lastzüge, ratternde, endlos lange Perlenzüge, trommelnde, vorbeistührende U-Züge.

Abends, wenn der Vater verstaubt und verschwigt in die Stube kam, die Lampe flackerte auf dem runden Holztisch, wo die irdene Schale mit den gekochten Kartoffeln stand. „Auch neue Gurken gab es mitunter...“ sagte Johann wie

abwehrend zum Monde und rieb sich die Stirn. Das schmale Gesicht der Mutter, die immer ein schwarzseidenes Kopftuch trug und mit ganz leiser Stimme das Tischgebet hersagte. Er und das Schwesterchen kauten da schon zumeist mit vollen Backen — — —

Er stand barhaupt in kleinen, blauen Höschen, die um den Bauch mit einer Hausschnur festgebunden waren, auf dem Bahndamm und sah den Zügen nach. Und er gedachte auch einmal Lokomotivführer zu werden, aber kein gewöhnlicher. Als Gebieter dieser neuen zwölfsträndigen Riesen aus Stahl, Nickel und Kupfer wollte er, ohne anzuhalten, sämtliche Schienen der Erde befahren und immer weiter bis in die auf-gehende Sonne hinein.

„Dann wirst du verbrennen“, sagte das Mariedle, aber er achtete nicht darauf.



Zur Schule hatte es nicht gelangt, nur gerade im Lesen und Schreiben konnte das Notdürftigste erlernt werden. Dann kamen die Tage, wo das schwarzseidene Kopftuch der Mutter ein immer bleicheres und kantigeres Gesicht umrahmte, der Husten war es, dieser verfluchte Husten. Die paar Leute, die in dem kleinen Friedhof umherstanden, der Herr Strecken-aufseher hatte eine weiße Weste auf dem Bauch und einen glänzenden hohen Zylinder auf dem Kopf, es war früh am Morgen, und von den Gräsern tropfte der Tau. Das Haus war leer, der Vater scherte sich nicht viel um die beiden Kinder. Der Schmurbart, der unter des Vaters Nase in zwei dichten Büscheln rechts und links abstand, senkte sich abwärts, grauliche Fäden durchzogen das glänzende Schwarz und der Wind zer-wehte die früher blankgewachsenen Enden, daß sie im Wehen flatterten wie zwei Fahnen. Dann wurde im kleinen Fried-hof ein zweites, schmales Grab geschaufelt: Mariedl.

Jahre der Arbeit, schwere Arbeit, von Anabenhänden ver-richtet. Prügel, Schimpfworte, in der Fremde. Ein böser, heimlicher Trost, der sich um die schmalen Lippen des Kindes eintraf, duckmäuserisches Sichfülen. Das Wissen um ein friedliches Leben, um ein Glück, taucht unter im Strudel der Entbehrungen. — — —

Der Mond stand über der Ebene, aber jetzt zogen Wolken-sehen vorüber und zerschneideten ihn völlig und zerteilten seinen Glanz. Johann lag im Abflußbecken des Elmo-Werkes und Schweiß trat aus seinen Poren. Unter dem Becken fiel die Betonmauer in 30 Meter Tiefe steil ab, das Becken war schmal und abschüssig.

Ein Knoten zersprang, der all diese Jahre hindurch seine Rehle würgte.

Johann erhob sich.

Wie ein Schlafwandler tastete er sich die schmale Kante der Barriere entlang, wie ein Schlafwandler stieg er durch die Mauerpalte und gewann die Straße.

Eine große, unheimlich große Lokomotive brauste durch das Land und Johann stand am Steuer.

Es war finster, Johann ging am „Roten Fisch“ vorbei, am „Dreieigen Köffel“ vorbei, zwischen Wohnhäusern der Ar-beiter hindurch, kramte den Schlüssel aus der Tasche, stieg fünf Treppen hoch und trat in sein stockdunkles Zimmer. Die Lokomotive brauste und ratterte, fauchte und stampfte, und betäubend brüllte die Dampfpeise.

Es war dunkel im Zimmer, aber die Sonne ging auf. Denn der Sonne entgegen fuhr Johannes Maschine. — —

Es war Sommer.

Johann ging den Weg, der zum Vorortbahnhof führte. Seine Gestalt, die gebückt war, straffte sich ein wenig. Seine Augen hoben sich, und die Ebene spiegelte sich in ihnen. Seine Kehle war frei, weil der Knoten zersprungen war, der ge-schmerzt hatte, viel harte Jahre hindurch, ein Schmerz, den der Schnaps stets nur halb betäuben konnte.

Johann hob den Kopf und stieg in den Arbeiterzug ein. Durch die Scheiben fiel hart und hell die Sonne. Signal zur Abfahrt.

Der Zug rollte aus dem Bahnhof.

Was ist Sturm?

Was Sturm ist, erleben wir alle wieder einmal in diesen tollen Tagen und Nächten, in denen der Wind schaurig um die Häuser heult und den Regen gegen die Fenster-scheiben peitscht und von allen Seiten die Nachrichten von Schiffsunglücken, Überschwemmungen und Deichbrüchen kommen. Trotzdem hat die Frage danach, was die Wissenschaft unter Sturm versteht, ihre Berechtigung, denn sie nennt nicht nur so jede heftige Luftbewegung, sondern einen Wind von einem ganz be-stimmten Stärkegrad. Diese Maßstäbe für die Windstärken behandelt Dr. Carl Hanns Pollog in seinem überaus an-schaulichen Handbuch „Das Wetter“. Das einfachste Mittel der Windmessung, das seit Urzeiten geübt wurde, ist die Schätzung, und wenn damit auch keine genauen Angaben zu erlangen sind, so ist es doch auffällig, wie gleichartige Schätzungen von geübten Beobachtern geliefert werden. Diese Schätzungsmethode, die auf See seit alter Zeit in Gebrauch war, wurde von dem englischen Admiral Beaufort 1805 in ein System gebracht, indem er eine Stala aufstellte, bei der die Windstärke mit der Ziffer 0 und der verheerende Orkan mit der Ziffer 12 bezeichnet wird. Die einzelnen Stufen sollten nach der Menge und Art der Segel geschätzt werden, die eine Kriegsfregatte noch führen konnte. Man hat diese Stala bald auch für die Verhältnisse auf dem Lande eingerichtet, und sie besitzt noch heute ihren Wert. Danach wird als leiser Zug die Windgeschwindigkeit von 1 bis 2 Meter pro Sekunde be-zeichnet, in der der Rauch noch fast gerade emporsteigt. Die Geschwindigkeit von 2 bis 4 Meter pro Sekunde ist für das Gefühl noch eben bemerkbar; bei 4- bis 6-Sekunden-Metern bewegen sich die Blätter der Bäume leicht, bei 6 bis 8 bewegen sich kleinere und bei 8- bis 10-Sekunden-Metern größere Zweige. Diese letztere Windstärke ist bereits eine frische Brise, die schon unangenehm wirkt. Bei 10- bis 12-Sekunden-Metern bewegen sich stärkere Äste; wir hören das Heulen des Windes und glauben als Landratten schon, daß es stürmt. Aber selbst bei der Bewegung von schwächeren Baum-stämmen und beim Schäumen der Wellen auf stehenden Ge-wässern, d. h. bei 12- bis 14-Sekunden-Metern, herrscht nur eine heisse Brise, und stürmisch wird es erst bei 14 bis 17 Metern Windgeschwindigkeit in der Sekunde, wenn stärkere Bäume bewegt sind und der Mensch nur mühsam gegen den Sturm fortschreiten kann. Ein richtiger Sturm ist bei 17- bis 20-Sekunden-Metern, wenn leichtere Gegenstände, wie Dachziegel, herumgeschleudert werden. Beim vollen Sturm von 20- bis 24-Sekunden-Metern werden kleine Äste umge-worfen, bei schweren Stürmen von 24- bis 30-Sekunden-Metern werden Dächer abgedeckt, Windbrüche im Walde hervorgerufen und viele Zerstörungen verursacht, während der mit über 30-Sekunden-Metern dahinfahrende Orkan selbst festes Mauerwerk niederdrückt. Eine genaue Messung der Windstärke ist durch verschiedene Instrumente möglich, deren einfachstes die von dem Meteorologen Wild erfundene Stärk-tafel ist, die aus einem senkrecht herunterhängenden Brett besteht, das an seinem oberen Ende in Scharnieren drehbar ist; an seinem beweglichen Ende ist eine Stala in Kreis-bogenform mit einzelnen Stiften angebracht. Das Brett wird durch eine Windfahne senkrecht zur Windrichtung gestellt, und je mehr es gehoben wird, desto stärker ist der Wind. Wie hier eigentlich der Druck gemessen wird, den die bewegte Luftmasse ausübt, so ist dies auch bei dem sogenannten Anemographen oder Windschreiber der Fall, der aus einem Saug- oder Staudrohr besteht, in das der Wind hinein- oder an dem er vorbeibläst. Die Windgeschwindigkeit läßt sich mit dem sogenannten Schalenkreuz-Anemometer messen, das von der Windrichtung völlig unabhängig ist, aber den schnellen Schwankungen in der Windstärke nicht nach folgen kann.

Vorwärts im neuen Jahr!

**Kein Neujahr bringt Verheissen,
Kein Neujahr wird zum Glück,
Singst du die alten Weisen
Und schaust du bang zurück.**

**Die hilft kein Glockenwerben,
Dich löst kein Sehnsuchtschrei ...
Die Stunden werden Scherben,
Machst du dich selbst nicht frei.**

**Du mußt den Kampf bestehen,
Mußt hämmern dir dein Jahr,
Willst du die Zukunft sehen
Mit Blumen in dem Haar:**

**Neujahr jauchzt jede Stunde,
Wo du das Schicksal zwingst
Und du im starken Bunde
Um Menschenneuland ringst.**

Druss Schulach

